STUDIE

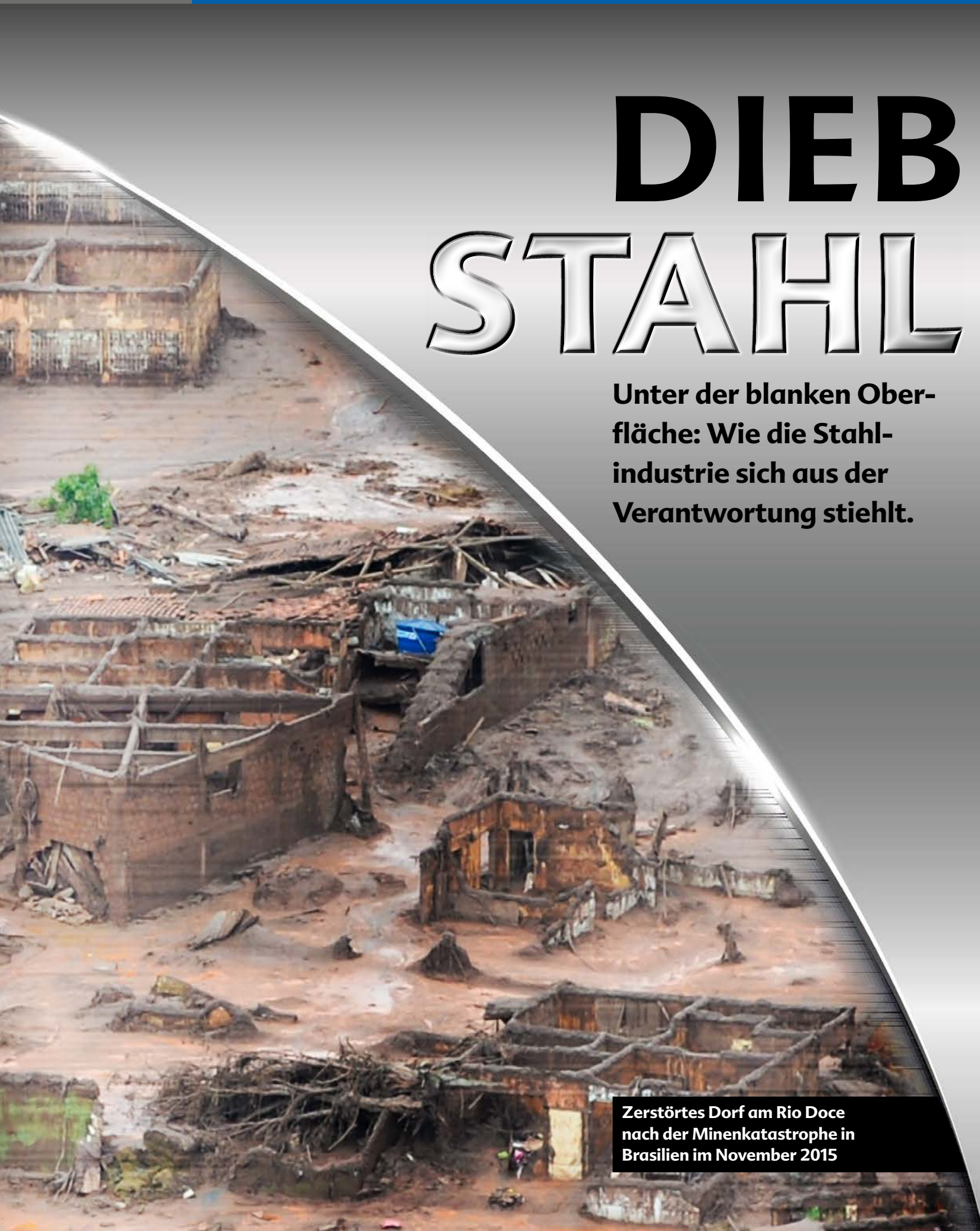
> Rohstoffabbau in Brasilien und Mosambik
> CSR-Maßnahmen auf dem Prüfstand
> Handlungsempfehlungen

STOP MAD MINING

CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO
Eine Stimme für Gerechtigkeit

DIEB STAHL

Unter der blanken Oberfläche: Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt.



Zerstörtes Dorf am Rio Doce nach der Minenkatastrophe in Brasilien im November 2015

INHALT

Einleitung 3

KAPITEL 1: **DIE DUNKLE SEITE DER STAHLHERSTELLUNG** **6**

1.1 Die Folgen des Rohstoffabbaus 6

1.2 Erzabbau in Brasilien: Der hohe Preis eines billigen Rohstoffs 7

1.3 Kokskohleabbau in Mosambik: Umsiedlungen ohne Wasserzugang 10

1.4 Konfliktmineralien im Stahl? 17

KAPITEL 2: **MACHT UND EINFLUSS DER STAHLINDUSTRIE** **20**

2.1 Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung: Alles für die Industrie 20

2.2 Der Staat als Schutzpatron für Stahlgeschäfte 24

2.3 Verantwortung übernehmen: Wie stehen die 14 großen Stahlhersteller dazu? 26

KAPITEL 3: **DIE ZUKUNFT DES STAHLS – EIN AUSBLICK** **32**

3.1 Forderungen an die Stahlindustrie und die Politik 32

3.2 Wie geht es weiter? Beispiele für verantwortliches Handeln in der Lieferkette 36

Die Christliche Initiative Romero 38

Impressum 39

Bestellschein 39

Der 5. November 2015 ist ein dunkler Tag in der Geschichte Brasiliens. An diesem Tag wird das Land von der bislang schlimmsten Umweltkatastrophe heimgesucht, die es je erlebt hat. Als „Fukushima Brasiliens“ bezeichnet man weltweit den Dammbruch am riesigen Auffangbecken einer Eisenerzdeponie in der Nähe der Bergbaustadt Mariana. Über 60 Millionen Kubikmeter toxischer Schlamm (der Inhalt von rund 25.000 Olympia-Schwimmbecken) ergießen sich in den Fluss Rio Doce, begraben ganze Dörfer und töten mindestens 17 Menschen. Auf 800 Kilometern ist der Fluss nun tot.

EINLEITUNG

DIE GESCHICHTE(N) HINTER DEM STAHL

von Stella Wendlandt

Dies ist eine von vielen Katastrophen, die — in den meisten Fällen von der Öffentlichkeit unbemerkt — hinter dem Stahl stehen. Ob in der Hausfassade, im Auto, Essbesteck oder Bügeleisen: überall begegnen wir ihm, dem meistverwendeten Metallwerkstoff der Welt. Allein im Jahr 2014 wurden weltweit 1.668 Millionen Tonnen Stahl produziert, fast die Hälfte davon in China (49,3%). Deutschland produziert als größter Hersteller in der EU drei Prozent des weltweiten Stahls.[1] Täglich sind wir von ihm umgeben und ein Leben ohne ihn scheint nicht vorstellbar.

Doch was wissen wir eigentlich über Stahl? Unter welchen Umständen werden die Rohstoffe zur Stahlherstellung, insbesondere Eisenerz und Kokskohle, gewonnen? Welche Bedeutung hat unser unstillbarer Rohstoffhunger für das Leben der Menschen im Süden, deren Ressourcen-Reichtum wir uns zunutze machen?

Verheerende Folgen für Mensch und Natur

Für die Herstellung von Stahl werden große Mengen an Energie benötigt, die meist in Form von Kohle gewonnen wird. Die in Deutschland am meisten verwendete Methode zur Stahlerzeugung ist das sog. Hochofenverfahren. Dabei werden pro Tonne Roheisen über 400 kg CO_2 ausgestoßen.[2] Die deutsche Stahlindustrie verursacht damit jährlich

1 www.stahl-online.de/wp-content/uploads/2013/08/Weltrohstahl_Regionen_Anteile_Juli2015_dt.png
2 www.stahl-online.de/index.php/themen/energie-und-umwelt/klimaschutz

einen CO_2-Ausstoß von knapp 60 Millionen Tonnen[3] und leistet damit ihren Beitrag zum globalen Klimawandel.

Dabei könnte die Stahlproduktion insgesamt weitaus ressourcen- und energieschonender sein. Andere Verfahren, die z.B. in Elektrostahlwerken verwendet werden, benötigen keine Kohle. Da sie aber deutlich kostenintensiver sind, bevorzugt die Industrie weiterhin die billige Produktion mit schmutziger Kohle. Auch Recycling könnte eine viel größere Rolle bei der Stahlproduktion spielen: Warum wird nur knapp die Hälfte des in Deutschland produzierten Stahls aus Stahlschrott hergestellt? Immerhin ist Stahl zu über 90 Prozent wiederverwertbar. Dennoch bleibt Kohle der Energieträger Nummer eins, um den begehrten Stahl „Made in Germany" herzustellen.

Anlass zum Umdenken und zur Kritik an den Produktionspraktiken geben nicht nur die klimaschädlichen Gase bei der Stahlerzeugung. Die Katastrophe von Mariana zeigt, dass der Abbau von Rohstoffen oft mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur verbunden ist. Die langfristige Kontaminierung von Böden und Gewässern, die ganze Landstriche unbewohnbar macht und Flora und Fauna zerstört, ist dabei nur ein Aspekt der negativen Auswirkungen des Bergbaus.

Mit der Stahlherstellung gehen gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Ausbeutung der ArbeiterInnen, Gewalt gegen BergbaugegnerInnen, Vertreibung und Korruption im Süden einher. Ob Kokskohle aus Mosambik, Eisenerz aus Brasilien oder Edelmetalle zur Legierung des Stahls aus Kolumbien: billige Abbaukonditionen stehen unwürdigen Arbeitsbedingungen und der Vertreibung ganzer Gemeinden von ihren ursprünglichen (Wohn-)Gebieten gegenüber. Die Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft kommen dabei nicht der Bevölkerung zugute. Sie versickern in den Taschen der Großkonzerne und lokaler Eliten, werden in Waffen und die Aufrechterhaltung und Anfachung von Konflikten und Bürgerkriegen investiert.

3 www.taz.de/!5213925/ (Abruf 11.01.2016)

Die Verfahren zur Stahlherstellung

Es gibt verschiedene Verfahren zur Herstellung von Stahl. Die wichtigsten sind die Hochofenroute und die Elektrolichtofenroute.

HOCHOFEN

Die wichtigste Zutat bei der Stahlerzeugung im Hochofen ist Eisenerz. Die Eisen-Sauerstoff-Verbindung wird zusammen mit dem sog. Möller, einer Mischung aus Kohlenkoks und Kalk, im schachtförmigen Hochofen abwechselnd geschichtet. Durch die Verbrennung des Kohlenkoks wird das Eisenerz zu Eisen reduziert und verbindet sich mit dem freigesetzten Kohlenstoff zum Eisen-Kohlenstoffgemisch.

Das Roheisen enthält aber noch störende Begleitelemente wie Kohlenstoff, Silicium, Schwefel und Phosphor. Sie werden im sog. Oxygenstahlkonverter durch Einblasen von Sauerstoff entfernt, oxidiert und schwimmen als Schlacke auf dem Metallbad auf. Kalk unterstützt die Schlackenbildung.

Nach Abschluss des Blasprozesses werden Schlacke und der entstandene Rohstahl beim Abstechen des Konverters getrennt. Dazu wird der Konverter in die Abstichposition geneigt. Die Schmelze wird über das Abstichloch in eine Stahlpfanne geleitet. Die Schlacke wird im Konverter zurückgehalten und anschließend der Weiterverwertung zugeführt.[1] Je nach gewünschter Legierung werden dem Rohstahl nun weitere Metalle und Nichtmetalle zugegeben.

Problematisch an diesem Verfahren ist der hohe CO_2-Ausstoß, der durch die Koksverbrennung verursacht wird. Für eine Tonne Stahl werden 330 Kilo Kohlenkoks benötigt und es werden über 400 Kilo CO_2 ausgestoßen.

1 www.stahl-online.de/index.php/themen/stahltechnologie/stahlerzeugung

ELEKTRO-LICHTBOGENOFEN

Im Elektrolichtbogenofen ist es nicht Eisenerz, sondern überwiegend Stahlschrott, der zur Stahlherstellung eingeschmolzen wird. Die zum Schmelzen erforderliche Wärme wird durch einen Lichtbogen von drei Elektroden erzeugt. Dabei werden Temperaturen von bis zu 3.500°C erreicht, so dass auch schwer schmelzbare Legierungselemente wie z.B. Wolfram eingeschmolzen werden können.

Den Sauerstoff bezieht dieses Verfahren aus der Umgebungsluft. Zusätzlich kann mit einer Lanze Sauerstoff auf die Schmelze geblasen werden. Neben Stahlschrott werden, ebenso wie im Hochofenprozess, Kalk und Roheisen/ Eisenpellets hinzugefügt.

Prinzipiell lassen sich alle Stahlsorten im Elektrolichtofen herstellen. Aufgrund der höheren Produktionskosten werden aber vor allem Edel- und Qualitätsstähle produziert. 2012 betrug der weltweite Anteil des im Elektrolichtofen produzierten Stahls 29 Prozent, Deutschland lag mit 32 Prozent knapp darüber.

Deutsche Stahlhersteller in der Verantwortung

Wie stehen die deutschen Stahlhersteller zu den gravierenden Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen in ihrer Lieferkette, z.B. in Brasilien oder Mosambik? Die CIR startete eine bundesweite Umfrage an alle großen Stahlhersteller mit dem Fokus auf sozialer Unternehmensverantwortung bzgl. Lieferketten und Wahrung menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht. Die Bereitschaft der Unternehmen, sich mit diesem Thema öffentlich auseinanderzusetzen, war jedoch sehr gering.

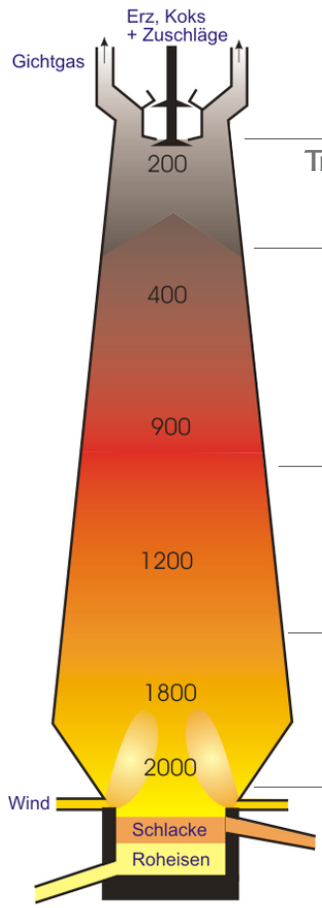
Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen als Preis für billigen Stahl sowie die existenzielle Bedrohung und Zerstörung von Lebensraum dürfen nicht länger hingenommen werden! Kurzfristiger Erhalt und Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Stahlhersteller bei der Herstellung günstiger Alltagsgüter legitimieren keinen ökologischen und sozialen „Race to the bottom“ (Abwärts-Wettlauf).

Diese Studie richtet sich an politische EntscheidungsträgerInnen, MitarbeiterInnen und CSR-Verantwortliche der Stahlhersteller, entwicklungspolitische und Umweltschutzorganisationen, die zum Thema Bergbau arbeiten, Eine-Welt-Initiativen und interessierte Einzelpersonen. Anhand der Stahlindustrie und konkreter Länderbeispiele soll die Notwendigkeit verbindlicher Menschenrechtsstandards in den Lieferketten des Rohstoffsektors aufgezeigt werden, um die Bundesregierung und Stahlhersteller zu mehr Verantwortlichkeit bei der Umsetzung und Kontrolle von Menschenrechten und auch dem Umweltschutz zu bewegen.

Kritisch hinterfragt werden dabei das politische Panorama sowie Macht und Einfluss der deutschen Stahlindustrie. Welche Interessen liegen der deutschen Rohstoffstrategie zugrunde? Und was muss sich ändern, damit die Menschen in den Abbauländern in Würde leben können? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die vorliegende Publikation im Detail.

Vom Eisenerz zum Roheisen im Hochofen

Das Gichtgas besteht aus 80% Stickstoff, 20% CO (giftig!) sowie Wasserstoff und Methan. Wird zum Aufheizen der Luft verwendet.



Erz, Koks + Zuschläge

Die Zuschläge (z. B. Kalkstein) werden hinzugemischt, damit die sog. Gangart (unerwünschte Begleitmineralien) schmilzt und als Schlacke abgetrennt wird.

Trocken- und Vorwärmzone

Eisenerz, Koks und Zuschlag werden vom durchströmenden Gas getrocknet und vorgewärmt

Reduktionszone

In dieser Phase entsteht festes Eisen durch die Reduzierung von Eisenoxid.

Kohlungszone

In dieser Phase bildet sich bei 1100—1200 Grad ein Eisen-Kohlenstoffgemisch.

Schmelzzone

Der Koks verbrennt an der eingeblasenen Luft und bringt das Eisen-Kohlenstoffgemisch zum Schmelzen.

Roheisen

Roheisen enthält etwa 3—4% Kohlenstoff. Es ist deshalb spröde und nicht schmiedbar.

KAPITEL 1

DIE DUNKLE SEITE DER STAHLHERSTELLUNG

1.1 Die Folgen des Rohstoffabbaus

Der Abbau von Rohstoffen hat Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, die leider oft sehr negativ sind: Gewässer und Böden werden durch den Einsatz von Chemikalien und durch toxische Stoffe verseucht. Gelangen diese Stoffe in Trinkwasser, Nutzgewässer oder über die Landwirtschaft in die Nahrungskette, schaden sie Mensch und Tier und bedrohen deren Lebensgrundlage. **Von Anna Backmann**

Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen

Um an die wertvollen Ressourcen tief in der Erde zu gelangen, werden riesige Erdmassen und ganze Berge abgetragen. Landschaften werden vollständig verwüstet und verwandeln sich in karge Mondlandschaften. Flora und Fauna verschwinden. Oft wird der giftige Abraum in Becken gelagert, deren Dämme nur unzureichend gesichert sind. Jederzeit können sie bersten und kilometerweit Umwelt, Mensch und Tier auf Jahre vergiften.

Verletzung von Menschenrechten

Menschenrechtsverletzungen gehen ebenfalls Hand in Hand mit dem Rohstoffgeschäft. Menschen, deren Dörfer über den wertvollen Ressourcen stehen, müssen für den Abbau weichen. Sie werden oftmals gewaltsam, gegen ihren Willen umgesiedelt — meist ohne ausreichende Entschädigungen.

Die ArbeiterInnen bauen die Rohstoffe in den Minen unter überwiegend katastrophalen Arbeitsbedingungen ab: Tunnel sind einsturzgefährdet und angemessenes Werkzeug ist ebenso selten vorhanden wie Maßnahmen zum Schutz von Arbeit und Gesundheit.

Unvermeidliche Interessenskonflikte

Konflikte zwischen den Parteien sind absehbar und kaum zu vermeiden: auf der einen Seite stehen die, die vom schmutzigen Geschäft mit den Rohstoffen profitieren, auf der anderen Seite jene, deren Gesundheit, Zuhause und Leben aufs Spiel gesetzt werden. Das Ergebnis sind bewaffnete Konflikte zwischen Rebellen oder regulären Streitkräften, die sich durch den Handel mit Rohstoffen finanzieren sowie Konflikte zwischen Betroffenen und UmweltaktivistInnen mit privaten Sicherheitsfirmen der Bergbauunternehmen.

Dass die Unterdrückung und Ermordung von UmweltaktivistInnen, die für ihr Recht eintreten, weltweit zugenommen hat, wird eindrücklich in der Studie „How many more?“ (deutsch: Wieviele noch?) der NRO Global Witness aufgedeckt. Allein im Jahr 2014 wurden weltweit 116 UmweltaktivistInnen ermordet — Tendenz steigend.[1]

All dies ist leider auch die traurige Wahrheit beim Abbau von Kokskohle in Mosambik, Eisenerz in Brasilien oder den Metallen zur Stahlveredelung. In den folgenden Abschnitten wird dies näher dargestellt.

1 www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/how-many-more

1.2 Erzabbau in Brasilien: Der hohe Preis eines billigen Rohstoffs

Brasiliens Erz ist für deutsche Autos ein billiger Rohstoff. Die dort lebenden Menschen zahlen dafür allerdings einen hohen Preis. **Von Christian Russau**

Der Dammbruch in der Erzbergbaudeponie bei Mariana in Brasilien Anfang November 2015 ist die größte Umweltkatastrophe, die Brasilien je heimgesucht hat. Auf 800 Kilometern Länge ist der Fluss Rio Doce tot, Fischer stehen vor dem Nichts, die angrenzenden Städte und Gemeinden ringen um ihre Trinkwasserversorgung, 17 Menschen kamen in den Schlammmassen ums Leben, zwei werden noch vermisst und hunderte Familien sind obdachlos.

Christian Russau ist Journalist, Autor und freier Mitarbeiter des Berliner FDCL, das seit 1973 zu und mit Lateinamerika arbeitet. Seine Schwerpunkte sind soziale Bewegungen und industrielle Großprojekte in Brasilien. Er ist Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und aktiv bei der Initiative GegenStrömung, die zu den menschenrechtlichen Konsequenzen von Staudämmen arbeitet, und beim Netzwerk der Brasiliensolidaritätsgruppen KoBra aus Freiburg. Er lebt in Berlin.

Mehr als einen Monat nach dem Bergwerksschlamm-Tsunami bestreiten die verantwortlichen Betreiberfirmen (Samarco und deren Eigentümer Vale und BHP Billiton) noch immer, dass in dem Schlammwasser Schwermetalle seien. Die Regierung verkündet werbeeifrig die Haftbarmachung der Firmen, legt aber selbst keine überprüfbaren Pläne zur Revitalisierung der vom Dammbruch betroffenen Gegend und des Rio Doce vor. Und es gibt immer noch keine umfassende und unabhängige Untersuchung der Frage, ob im Schlamm Schwermetalle waren und wo sie herkamen.

Dabei weisen zivilgesellschaftliche Organisationen aus Brasilien seit Jahren auf die Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen in Brasiliens Rohstoffsektor hin. Doch die Politik interessierte sich stets mehr für die Unternehmerseite und trieb die Neufassung des Bergbaurahmengesetzes „Código de Mineração“[1] voran. Lachende Dritte sind die Abnehmer des billigen Eisenerzes — auch deutsche Stahlkocher und deren Abnehmer wie z.B. die deutsche Automobilindustrie.

Die Menschen leiden, die Abnehmer schauen weg

„Die Automobilhersteller rechtfertigen sich damit, dass die Lieferketten sehr komplex seien, weshalb es nicht möglich sei, die genaue Herkunft der vielen tausend Einzelteile eines Autos nachzuvollziehen“, sagt Padre Dario Bossi. Er ist ein kombonianischer Priester, arbeitet für die Menschenrechtsorganisation „Justiça nos Trilhos“ (deutsch: Gerechtigkeit entlang der Schienen) und lebt seit acht Jahren in Piquiá de Baixo bei Açailândia im Bundesstaat Maranhão im Osten Amazoniens. Dort leiden die Menschen unter dem Staub der Stahlwerke, die das Erz aus der Mine Carajás verarbeiten. „Staubfilter“ ist bei den dortigen Stahlkochern ein Fremdwort.

Ein Großteil des vor Ort verarbeiteten Erzes wird mit Holzkohle befeuert, die aus den Wäldern Amazoniens und der Savannenlandschaft des Cerrados stammt. Die Kohle wird häufig unter sklavenarbeitsähnlichen Bedingungen hergestellt. Und die Menschen vor Ort leiden unter dem „längsten Zug der Welt“, der das Erz aus Carajás zum Atlantikhafen von Ponta da Madeira bei São Luís in alle Welt exportiert. Täglich passieren 35 Züge mit jeweils 330 Waggons etwa 100 urbane und ländliche Ortschaften, Siedlungen, Camps, Dörfer und Städte. So ein Zug ist drei Kilometer lang und steht oft still auf der Strecke. Kinder auf dem Weg zur Schule, Bauern und Bäuerinnen auf dem Weg zum Feld oder AnwohnerInnen auf dem Weg ins Krankenhaus müssen dadurch lange Umwege in Kauf nehmen oder unter dem Zug hindurch krabbeln.

„Vale spaltet uns“, sagte Francisco Martins de Sousa, Aktivist der lokalen Landarbeitergewerkschaft, gegenüber den Lateinamerika Nachrichten im Jahr 2014.[2] Der Zug durchschneidet die Landschaft — und trennt die Gemeinden voneinander. Und der Zug kann töten. Denn wenn er sich unvermittelt wieder in Bewegung setzt, wird, wer gerade darunter hindurch kriecht, zerquetscht. Der lokalen NRO Justiça nos Trilhos zufolge stirbt im Durchschnitt ein Mensch pro Monat auf den Gleisen.

1 www.boell.de/de/2014/05/27/der-anfang-einer-viel-groesseren-welle-neo-extraktivismus-schafft-umweltungerechtigkeit

2 www.lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=der-tod-kommt-auf-schienen

Durch das Unglück gelten immer noch 2 Menschen als spurlos verschwunden und 17 Menschen mussten ihr Leben lassen.

Systematische Verschleierung der Lieferketten

Die Lieferketten sind komplex und für MenschenrechtsaktivistInnen schwer identifizierbar. Die großen Stahlkocher aus Deutschland kennen zwar laut eigener Aussage die Herkunft ihrer Rohstoffe, da sie „meist Lieferverträge direkt mit den Minenbetreibern abschließen", so ThyssenKrupp-Vorstand Heinrich Hiesinger auf der Aktionärsversammlung 2015 in Bochum. Aber Transparenz gibt es trotzdem nicht.

Das kann Padre Dario Bossi nicht verstehen. Ja, die Kette sei vielleicht komplex, wenn es um einen Technologie-Hersteller gehe, der über mehrere Zwischenlieferer sein Material bezieht. Aber z.B. im Automobilbereich als einem der größten Industriezweige könne ein Anfang gemacht werden. „Ein Anfang wäre ja, die Transparenz bei der Karosserie zu versuchen, die den größten Teil des Autos ausmacht", sagte der Priester, als er im Mai 2015 in Deutschland war. „Hier haben die Metalle oft eine einheitliche Herkunft — die Hersteller weigern sich aber, diese genau zu erfassen und transparent zu machen."

Der Stahlanteil bei einer Karosserie liegt im Durchschnitt bei 65 Prozent. 2014 wurden in Deutschland 5.604.026 Automobile hergestellt.[3] Bei einem Durchschnittswert von 200 kg je Karosserie[4] ergäbe sich ein Stahlanteil von 130 kg, daraus errechnet sich eine Summe von knapp 730.000 Tonnen Stahl allein für die Karosserien der jährlich in Deutschland hergestellten Autos.

55 Prozent aller Eisenerzimporte nach Deutschland kommen aus Brasilien, gefolgt von Kanada (17 Prozent) und Schweden (13 Prozent). Die beiden größten deutschen Erzimporteure sind die ThyssenKrupp AG und die Salzgitter AG. Beide beziehen ihr brasilianisches Erz auch vom Branchenriesen Vale. Vale beliefert Lateinamerikas größtes Stahlwerk TKCSA, das ThyssenKrupp und Vale in Rio de Janeiro gemeinsam betreiben. Das Erz stammt aus dem sog. „Southeastern System" im Bundesstaat Minas Gerais, von wo es per Bahn nach Rio transportiert wird. Auch von Vales größter Mine (Carajás im amazonischen Bundesstaat Pará) wird nach Deutschland geliefert. Misereor hat im Jahr 2013 in der Studie „Vom Erz zum Auto" darauf aufmerksam gemacht, dass ein Großteil des von ThyssenKrupp nach Deutschland importierten Erzes aus Carajás kommt.[5]

Auch Samarco lieferte nach Deutschland

Die größte Anzahl an Erzminen gibt es in Brasilien im Bundesstaat Minas Gerais, dort wo auch die 50-prozentige Vale-Tochter Samarco ihre Minen betreibt. Von den Minen bei Mariana wird das Erz in die weltweit längste Erzpipeline nach Ponta Ubu im Bundesstaat Espírito Santo verfrachtet, wo es zu Pellets verarbeitet und auf Schüttguttanker der Panamax-Klasse in alle Welt geliefert wird. Samarco liefert 20 Prozent seiner Erzpellets nach Europa. Laut deutscher Außenhandelsstatistik zählt Samarco zu den Firmen, die Produkte im Gegenwert von über 50 Millionen Euro nach Deutschland einführen. Wie viel "über 50 Millionen Euro" genau heißt, darüber gibt die Statistik keine Auskunft.

3 de.statista.com/statistik/daten/studie/3150/umfrage/deutsche-automobilproduktion

4 www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/ifdn-physik/aluminiumautos.pdf

5 www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-vom-erz-zum-auto-2013.pdf

Über die genauen Abnehmer ist wenig bekannt. Transparenz ist hier weder bei den Rohstoffproduzenten noch bei den Stahlkochern angesagt — aus Gründen der „Kundenvertraulichkeit". Mitunter werden AktivistInnen fündig, wenn sie Schiffsrouten der Ladehäfen für Carajás-Erz (Ponta da Madeira), für das Erz aus dem „Southeastern System" (Tubarão) oder für Erz aus der Samarco-Region bei Mariana (Ponta Ubu) mit den Daten von Hamburg oder Rotterdam vergleichen und so das Erz nachverfolgen. Im Jahr 2013 meldete die Presse, Samarco habe dem österreichischen Stahlhersteller Voestalpine ein Lieferangebot unterbreitet. Voestalpine gab der Presse gegenüber keine Stellungnahme ab.[6] Verschwiegenheit allerorten.

„Alle ISO-zertifiziert"

Wie soll man bei solch gezielter Intransparenz sichergehen, dass Umwelt und Menschenrechte in der Lieferkette eingehalten werden? „Unsere Lieferanten sind alle ISO-zertifiziert", erklärte der Vorstandschef der Salzgitter AG Heinz Jörg Fuhrmann auf der Aktionärsversammlung 2015 in Braunschweig, als er auf die Produktionsbedingungen bei den brasilianischen Erzzulieferern angesprochen wurde. Dabei gehe es um die Normen ISO 9001 in Qualitätsfragen und ISO 14001 in Umweltfragen, so Fuhrmann weiter.

Samarco hat diese beiden Zertifizierungen in den vergangenen Jahren stets erhalten. Vale auch. Zudem veröffentlicht Vale jedes Jahr im Rahmen der Zertifizierungen zur Nachhaltigkeit und dem Global Compact der UN einen Nachhaltigkeitsbericht. „Wir untersuchen diesen Bericht und auf der Grundlage von Informationen, die wir aus den betroffenen Gemeinden erhalten, präsentieren wir das, was das Unternehmen nicht mitteilt", sagt Bossi. „Wir weisen damit auf die Widersprüche und Auslassungen des Nachhaltigkeitsberichts hin", erklärt der Priester weiter im Gespräch.

Die Schlammlawine zerstörte nahezu vollständig alle tiefer im Tal gelegenen Häuser. Für die Menschen, die alles verloren haben, wird Kleidung gesammelt und verteilt.

Der von AktivistInnen aus aller Welt zusammengetragene „Shadow-Report" über Vale[7] offenbart, dass der Konzern alles andere als nachhaltig agiert: „In unserem Shadow Report haben wir Informationen aus den Ländern zusammengestellt, in denen Vale aktiv ist. Wir heben vor allem die schlimmsten Fälle in Mosambik, Peru, Kanada, Indonesien, Kolumbien und Brasilien hervor, berücksichtigen aber auch die Situation in anderen Ländern. Da geht es um Arbeitsrechtsverletzungen, Arbeitsunfälle, Sklavenarbeit, Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit, Einschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung traditioneller Gemeinden, das Recht auf Wohnen und Gesundheit in den Bergbauregionen und das Verhalten des Unternehmens in Konflikten um Land und natürliche Ressourcen."

„Null Gramm Carajás"

Vale wurde 2012 durch den Public Eye-Award zum „weltweit übelsten Konzern" gekürt.[8] Die häuftigsten Fälle von Vales dokumentierter Menschenrechtsverletzung beim Bergbau in Brasilien wurden von AktivistInnen in Minas Gerais und der weltgrößten Erzmine von Carajás identifiziert. ThyssenKrupp bezieht viel Erz aus Carajás, die Salzgitter AG hingegen antwortete auf der Aktionärsversammlung 2015 nachgerade stolz mit einem gleichsam triumphalistischen Unterton: „Im Jahr 2014 war die Salzgitter AG null Gramm Carajás!" Nur selten gelingt es, derart konkrete Informationen von den Konzernen zu erhalten.

Diese spezielle Aussage entwickelte allerdings ein Eigenleben, mit dem der Konzernchef im Moment des unbedachten Ausspruchs kaum gerechnet haben dürfte. Zum einen machten brasilianische Menschenrechtsgruppen sogleich Vale darauf aufmerksam, dass sich deutsche Firmen in der Öffentlichkeit stolz von Carajás distanzieren. Außerdem muss sich der Vorstandschef der Salzgitter AG künftig stets der Frage stellen, ob die Firma noch immer „null Gramm Carajás" sei.

„Diese deutschen Unternehmen stellen das letzte Glied einer Kette dar, die vom Eisenerz aus Carajás profitieren. Sie könnten daher die Rohstoffextraktion mit Fragen von Menschenrechten und den sozial-ökologischen Folgen des Bergbaus verknüpfen — und ansonsten ggf. dieses Eisenerz boykottieren", sagt Padre Dario Bossi. Das scheint derzeit aber nicht in Sicht. Bossi will dennoch die Hoffnung nicht aufgeben. „Wir wollen gemeinsam mit deutschen Organisationen die Lieferkette des Eisenerzes nachvollziehen, um zu sehen, ob es möglich ist, eine stärkere soziale und ökologische Verantwortung der Automobilindustrie einzufordern." Bossi weiß aber auch, dass der Weg lang und steinig ist. „Aber wir werden ihn gehen. Weil wir müssen".

6 www.bloomberg.com/news/articles/2013-12-18/vale-seeks-two-u-s-pellets-supply-contracts-as-shale-gas-booms

7 www.pacs.org.br/files/2015/04/Relatirio_pdf.pdf

8 www.publiceye.ch/de/hall-of-shame

1.3 Kokskohleabbau in Mosambik: Umsiedlungen ohne Wasserzugang

Die 2015 im Rahmen der europäischen Kampagne „Stop Mad Mining“ durchgeführte Studie „Broken Promises“ der dänischen NRO Danwatch zeigt auf, dass mindestens drei der größten Stahlunternehmen in Europa Kokskohle aus Minen in Mosambik beziehen. Für diese Bergbauprojekte wurden Gemeinden ohne hinreichende Entschädigung in schlechte Unterkünfte mit unsicherem Zugang zu Wasser und geringen Beschäftigungsaussichten umgesiedelt. **Von DanWatch, Übersetzung Elke Lackermeier**

In den Jahren 2009 und 2010 leiteten die Regierung von Mosambik und transnationale Bergbauunternehmen zwei große Umsiedlungen ein. Eins der weltweit größten Bergbauunternehmen, der brasilianische Konzern Vale, verdrängte für die Chipanga Mine tausende Menschen in die Umsiedlungsbereiche Cateme und Mualadzi. Die Konzerne Riversdale, Tata Steel und Rio Tinto siedelten für die Benga-Mine hunderte Familien nach Mualadzi um. Danwatch führte Interviews mit vielen Mitgliedern der betroffenen Gemeinden. Sie klagen über eine starke Verschlechterung der Lebensstandards und Lebensgrundlagen, die vom Mangel an Wasser, Lebensmitteln und Beschäftigungsmöglichkeiten in der neuen Umgebung geprägt sind.

Laut den nationalen Bergbaugesetzen und internationalen Richtlinien sind Umsiedlungen nur dann zulässig, wenn die Betroffenen fair entschädigt werden und ihren Lebensunterhalt aufrechterhalten können. Der von Danwatch vorgelegte Umsiedlungs-Maßnahmenplan beweist aber, dass die Regierung von Mosambik und die Bergbauunternehmen die Gemeinden ungeachtet ihrer Rechte und im vollen Bewusstsein über mangelhaften Wasserzugang nach Mualadzi umgesiedelt haben.

TEIL 1: ENTSTEHUNGS-GESCHICHTE DES BERGBAUS

Mosambik ist eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in Afrika. Wie viele afrikanische Länder verfügt es über reiche Ressourcen, die meist von ausländischen Firmen abgebaut und zur Weiterverarbeitung exportiert werden. Auch für Deutschland stellt das südostafrikanische Land einen strategischen Partner dar, von dem die deutsche Wirtschaft 2014 Kokskohle im Wert von 20,7 Millionen Euro (über 200.000 t) für die heimische Stahlherstellung Stahlherstellung bezog.[1]

Bergbau als Wachstumslokomotive

Nach Ende des Bürgerkriegs 1992 verfolgte Mosambik eine wirtschaftliche Entwicklungsstrategie, die auf ausländische Investitionen in große Bergbauprojekte setzte. Seit 2007 wurden Milliarden in Mega-Kohlebergwerke und eine großflächige Transportinfrastruktur investiert. Bis heute lockt der unterirdische Reichtum Mosambiks ausländische Investoren und Bergbauunternehmen ins Land.

Die Straße zur Jindal Kohlemine in der Provinz Tete ist voller Kohlenstaub.

Laut Angaben der Weltbank stiegen die ausländischen Investitionen im Bergbausektor von etwa 122 Millionen US$ im Jahr 2005 auf mehr als 6 Milliarden US$ im Jahr 2013. Allein 2013 wuchs der Bergbausektor in Mosambik um 22 Prozent. Dies lag hauptsächlich an der steigenden Kohleproduktion, die laut African Economic Outlook von 4,8 Millionen im Jahr 2012 auf 7,5 Millionen Tonnen in 2013 anwuchs. Heute findet sich auf der Karte von Mosambik eine enorme Anzahl an Konzessionen und Lizenzen, die an ausländische Investoren verkauft wurden.

Bis 2025 könnte Tete 25 Prozent der weltweiten Kokskohle produzieren

Einst eine abgeschiedene Gegend, hat sich die Provinz Tete in Zentralmosambik zu einem lukrativen Bergbauzentrum entwickelt. Der Boden unter Tete enthält viel Kokskohle,

1 Die Zahl stammt von der Online-Datenbank Genesis des Statistischen Bundesamtes. In den letzten Jahren ist die Einfuhr von Kokskohle aus Mosambik nach Deutschland rapide angestiegen. Während es im Jahr 2012 noch gut 64.000 t waren, hat sich die Menge bis 2014 mehr als verdreifacht. Importe von Kokskohle 2012: 64.267,1 t (10,9 Millionen Euro); 2013: 134.608,4 t (15,9 Mio Euro); 2014: 203.768 t (20,7 Mio Euro).

DER BERGBAU ZEIGT WACHSTUM

Dies bestätigt der aktuellste Bericht der Extractive Industries Transparency Initiative on Mozambique (2012), der sich auf regierungseigene Zahlen beruft: „2012 trug der Bergbau 2 Prozent zum BIP bei. Das Investment in die Bergbau- und Hydrokohlenstoff-Sektoren nimmt jedoch beträchtlich zu und verspricht eine schnelle Ausweitung des Sektors in den kommenden Jahren. 2012 war die Öl-, Gas- und Bergbau-Branche der am schnellsten wachsende Sektor, der dazu beitrug, das BIP auf 7,4 Prozent hochzutreiben. Zahlungen von den Erdöl- und Gasunternehmen machten 2012 80 Prozent der Bergbaueinkünfte des Landes aus, während die Bergbauunternehmen 20 Prozent beitrugen.“

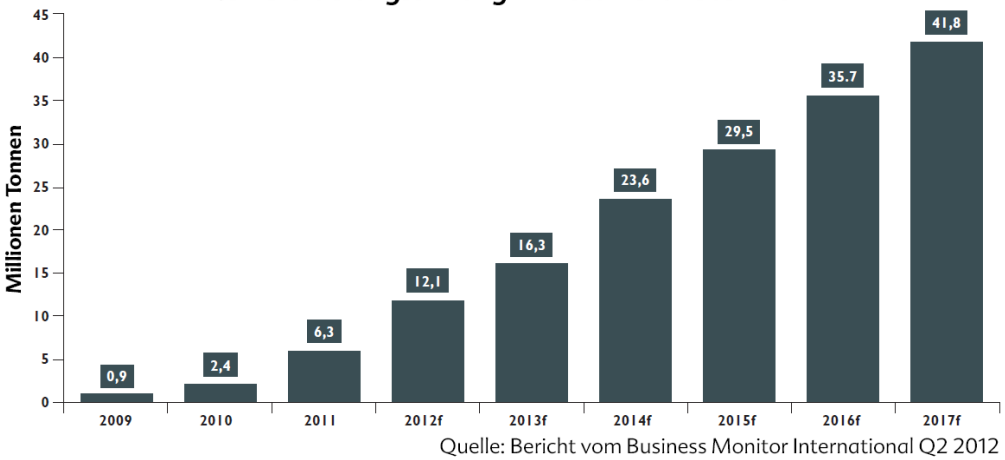
die weltweit als wichtiger Bestandteil der traditionellen Rohstahlproduktion verwendet wird. Laut Angaben der ITC Trade Map wurden im Jahr 2013 davon allein 630.478 Tonnen Koks- und Schwelkokskohle in den EU-Markt exportiert. Diese Zahl ist schon deshalb bemerkenswert, weil es im Vorjahr überhaupt keine registrierten Exporte nach Europa gab.

Nach Angaben des African Economic Outlook 2015 lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung (55 Prozent) unterhalb der nationalen Armutsgrenze. Der größte Teil der armen Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten und ist von Subsistenzwirtschaft abhängig. Hinzu kommt, dass der hohe Grad an Korruption und die geringe Transparenz in der öffentlichen Verwaltung die Entwicklung behindern. Patronage und Günstlingswirtschaft sind in Mosambik üblich und tragen zu der ungleichen Verteilung des Reichtums aus den Gewinnen des Bergbaus bei.

TEIL 2: UMSIEDLUNG VOM FLUSSUFER INS ÖDLAND

Cateme und Mualadzi sind nur zwei von vielen Beispielen, wie Menschen von ihrem Land und aus ihren Häusern vertrieben werden, wenn Konzerne auf der Suche nach Kohle, Gas und Mineralien in Mosambik Einzug halten. Eine Liste vom Ministerium für Mineralische Rohstoffe belegt, dass die Regierung bis 2012 mehr als 700 Lizenzen und Konzessionen vergeben hatte. Tausende Menschen wurden dadurch aus ihren Häusern vertrieben. Die in der Mitte von Mosambik gelegene kohlereiche Provinz Tete ist das aktuelle Epizentrum der nationalen Bergbauindustrie. Ein Großteil der Region ist von aktiven oder geplanten Bergbaukonzessionen überzogen (siehe Grafik S.12).

Kohleförderungsumfang in Mosambik 2009 - 2017



Quelle: Bericht vom Business Monitor International Q2 2012

Armut trotz Wachstum

Das Wirtschaftswachstum ist zwar gut für die Einwohner der zentralen städtischen Bereiche von Mosambik, hat aber nicht zum Rückgang der Armutsquote des Landes geführt. Mosambik zählt immer noch zu den 10 ärmsten Ländern der Welt. Auf dem UN Human Development Index (HDI) liegt es 2014 auf Rang 180 von 188 Ländern.

Professor Christopher de Wet von der Rhodes University in Südafrika ist auf Umsiedlungen und ländliche Entwicklung spezialisiert. Die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Lizenzvergabe in Mosambik stellen die Regierung nach seiner Ansicht vor große Herausforderungen, wenn es um die Absicherung der betroffenen Bevölkerungsteile geht: „Umsiedlung ist eine ausgesprochen komplexe Angelegenheit — Menschen einfach zu nehmen und anderswo abzusetzen, hier werden keine Gegenstände verschoben, es wird eine ganze Gesellschaft bewegt.“ De Wet befürchtet, dass die Regierung von Mosambik diese Aufgabe nicht bewältigen kann. „Man kann die besten Richtlinien der Welt haben, aber ohne die politische Kapazität, Strukturen oder den Willen, sie um- und durchzusetzen, sind sie nutzlos“, kommentiert er.

Minenkonzessionen in Mosambik. Quelle: Mozambique Ministry of Mineral Ressources

Cateme: Versprechen werden nicht eingehalten

In den Jahren 2009 bis 2010 wurden 716 Familien von Vale als „ländlich" eingestuft und in der Gegend von Cateme (ca. 40 km von ihren Häusern) in die Nähe der Bezirkshauptstadt Moatize umgesiedelt. 288 Familien in der Kategorie „halbländlich" wurden in Moatize selbst umgesiedelt. Die Familien wurden nach nationalem Recht entschädigt. Heute beklagen die Leute in Cateme dennoch die großen Nachteile der Umsiedlung. Vale habe Versprechen nicht eingehalten und die Regierung ziehe das Unternehmen nicht zur Rechenschaft, sagen sie.

In den ersten Jahren in Cateme mussten die Familien ohne Zugang zu Ackerland und ohne eine sichere Wasserquelle leben. Laut dem Bericht „What is a House without Food?" von Human Rights Watch aus dem Jahr 2013 hatte sich die Landzuteilung seitens der Regierung um drei Jahre verzögert. Die meisten Reparaturen des unzureichenden Wassersystems erfolgten erst in den Jahren 2012 und 2013, also vier Jahre nach Umsiedlungsbeginn.

„Die Menschen haben es schwer. Wo wir zuvor wohnten, gab es viel zu tun. Wir hatten Bauernhöfe, haben Ziegel, Kohle und Feuerholz verkauft. Aber hier gibt es dafür keinen Markt. Wenn Sie sich umsehen, sehen Sie Häuser ohne Dach, weil die Leute es für ein bisschen Geld verscherbeln mussten", erklärt Domingo Foguete. Seit einem Jahr kämpft er mit der Regierung und dem Bergbauunternehmen Vale um die Entschädigung für das Land, das er verlor, als er und seine Familie nach Cateme umgesiedelt wurden. „Das war 2010 und wir haben immer noch kein Geld bekommen", sagt er.

Rissige Häuser und löchrige Dächer

Auf den ersten Blick scheinen die von Vale bereitgestellten pastellfarbenen Häuser stabil errichtet zu sein. Wenn man aber genauer hinsieht, erkennt man, dass sie direkt auf den Boden gebaut wurden. Ohne Fundament werden sie wie kleine Monopoly-Häuschen weggeschwemmt, sobald in der Regenzeit die staubige rote Erde zu Schlamm wird.

Am 1. Februar 2011 hat Albertina Tivane (Leiterin der Umsiedlungskommission der Provinz) laut Online-Nachrichten der Deutschen Welle zugegeben, dass „es einige Probleme mit dem Bauverfahren" gab und dass manche Probleme „vermutlich noch nicht behoben" wurden. Heute verfallen die Häuser und zeigen sichtbare Risse in den Wänden. „Nur eine Plastikplane trennt die Häuser vom Boden, daher entstehen Risse in den Häusern", erklärt Delvino Xadreque, ein junger Landwirt. Er zeigt auf einen langen Riss, der von der Ecke seines Hauses nach oben verläuft. Delvino und sein achtköpfiger Haushalt hatten Glück: sie konnten es sich leisten, ein weiteres Haus neben das vom Unternehmen bereitgestellte 2-Zimmer-Häuschen zu bauen.

Danwatch hat versucht, das Bergbau-Unternehmen Vale und das Ministerium für Natürliche Ressourcen in Mosambik über das Verfahren bei der Umsiedlung und die aktuelle Lage in Cateme zu interviewen. Beide haben aber eine Antwort verweigert. Vale weigerte sich auch, Einblick in Dokumente aus dem Umsiedlungs-Maßnahmenplan für Cateme zu gewähren. In einer E-Mail an Danwatch gibt Vale an, dass das Unternehmen in Bezug auf Mosambik eine „zurückhaltende Strategie" verfolgt.

Mualadzi: Aussichtslose Abgeschiedenheit

Etwa acht Kilometer weiter auf der gewundenen Straße durch Cateme liegt Mualadzi: eine ebenfalls umgesiedelte Gemeinde. Weil Mualadzi weit abseits der Hauptstraße zur nächsten Stadt liegt, betrachtet man die Einwohner von Cateme als besser gestellt. „Sie hatten Glück, weil sie eine Verkehrsverbindung in die Stadt und eine Schule für ihre Kinder haben", findet Tito Fernando, ein junger Vater von drei Kindern.

Vor der Umsiedlung stellte Tito Ziegel her und verkaufte sie am Straßenrand. Aber aufgrund der abgeschiedenen Lage von Mualadzi und des Wassermangels kann er seinem Beruf nicht mehr nachgehen. Stattdessen fahren er und seine Frau abwechselnd in die Stadt Moatize und verkaufen ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Markt. Es ist

Familienvater Tito Fernando war vor der Umsiedlung gut gestellt, jetzt kann er seinen Lebensunterhalt nur schwer verdienen.

eine lange Anfahrt mit nur geringem Ertrag. Er und seine Frau gehören zu den 736 umgesiedelten Familien (etwa 3.680 Menschen) in Mualadzi, die nur schwer ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Eingeleitet wurde die Umsiedlung vom australischen Bergbauunternehmen Riversdale und der britisch-indischen Tata Steel. Grund war die Entwicklung der Benga-Mine, die inzwischen mit 4.560 Hektar im Zentrum von Tete zum größten Kohlebergwerk Mosambiks angewachsen ist. Etwa 35 Prozent des Minen-Outputs besteht aus Kokskohle, 10 Prozent aus Kraftwerkskohle und die restlichen 55 Prozent aus Abraum. 2011 wurde die Mine von dem britisch-australischen Bergbauunternehmen Rio Tinto übernommen und kurz darauf begann die Hauptphase des Umsiedlungsverfahrens. 358 Familien zogen aus ihren Dörfern im Minengebiet nach Mualadzi um.

Für die Familien bedeutete der Umzug eine große Umstellung. Zuvor lebten sie in den Dörfern Capanga und Benga Sede an den Flüssen Revuboè und Sambesi, entlang der Hauptstraße nach Tete. Diese Lage garantierte unbegrenzten Zugang zu Wasser und den fruchtbaren Böden in Flussnähe, und in der Nähe gab es Marktstädte.

Emilia Fato, eine 58-jährige Witwe, die bei ihrem Sohn und zwei Enkelkindern lebt, sehnt sich nach ihrem alten Leben am Flussufer. „Wo wir früher wohnten, hatten wir Wasser vom Fluss. Dort konnten wir uns selbst versorgen und brauchten von niemandem Hilfe“, schwärmt sie. Sie und ihre Familie haben Landwirtschaft betrieben und Steine gebrochen und sie zum Bauen verkauft. In Mualadzi fühlen sie sich verloren. „Mein Sohn soll arbeiten, aber er sitzt hier nur den ganzen Tag lang herum, weil es für ihn nichts zu tun gibt. Zuhause wüsste ich, was ich ihm raten sollte, aber hier weiß ich nicht, was ich ihm sagen soll“, bedauert sie.

FAKTEN: DIE CHIPANGA-MINE

Die Chipanga-Mine in der Provinz Tete gehört dem brasilianischen Bergbauunternehmen Vale. Sie hat eine Gesamtkapazität von 11 Millionen Tonnen im Jahr. Nur ein Unternehmen, die deutsche ThyssenKrupp, hat Danwatch Informationen über ihre Lieferkette mitgeteilt. Sie führt die Chipanga-Mine von Vale und die Benga-Mine von Rio Tinto (jetzt ICVL, Anm. d. Red.) als ihre Lieferanten in Mosambik auf. Jedoch bestätigen Unternehmensabschlüsse vom größten Stahlerzeuger in Europa, ArcelorMittal, dass das multinationale Unternehmen ab 2012 ebenfalls Kokskohle aus den gleichen Bergwerken bezog. Und im Geschäftsbericht 2014 sind Vale und Rio Tinto in Mosambik als mit die „wichtigsten Kohlelieferanten“ von ArcelorMittal aufgeführt.

In Mualadzi ist das Wasser knapp.

Kein Ausweg aus Mualadzi

Laut der Zivilgesellschaftsorganisationen Oxfam, Human Rights Watch und SarWatch ist die Ortschaft dermaßen abgelegen, dass es für die Umgesiedelten beinahe unmöglich ist, als Gesellschaft zu überleben. Im Bericht „Mining Resettlement and Lost Livelihoods“ von 2015 beschreibt das australische Oxfam Mualadzi als einen „abgelegenen Ort mit schlechter Bodenqualität und einer unsicheren Wasserversorgung für die persönliche und landwirtschaftliche Nutzung“, und betont, wie ernst die Situation ist: „Diese raue Umgebung bedroht die Existenz der Menschen, insbesondere durch die fehlende Nahrungsmittelsicherheit.“

Das Land, das den vorher z.T. von Subsistenzwirtschaft abhängigen Familien übergeben wurde, ist nicht bebaubar. Da die nächstgelegene Stadt eine halbe Tagesreise entfernt liegt, bietet sich kaum eine Alternative für einen neuen Lebensunterhalt. Für Tito Fernando ist die Lage verzweifelt: „Es ist sehr schlimm hier, wir haben viele Probleme mit Transport und Wasser. Manchmal haben wir monatelang kein Wasser“. Wenn das Wasser sehr knapp ist, erklärt er, müssen sie auf die kleinen Rinnsale in der Umgebung der Gemeinde zurückgreifen.

Bei der Frage nach seinen Gedanken über die Zukunft verhärtet sich sein Gesicht: „Unsere Zukunft sieht nicht gut aus. Uns ist das klar. Meine Kinder und ich, wir haben gar nichts. Es gibt einen Weg nach Mualadzi, aber es gibt keinen hinaus. Man hat uns einfach hier abgesetzt.“

Entschädigung kann arm machen

Die Nahrungsmittel- und Wasserunsicherheit in Mualadzi sowie die Abgeschiedenheit, die der Gemeinde kaum Gelegenheit zum Kontakt mit anderen Dörfern gibt, widerspricht sowohl nationalem Recht als auch internationalen Richtlinien. Ihnen zufolge darf keine Umsiedlung stattfinden, wenn dadurch der Lebensstandard der Menschen verschlechtert wird. Obwohl die Menschen in Mualadzi materielle Entschädigung erhalten haben und die neuen Häuser eine viel bessere Qualität als ihre alten Holzhütten aufweisen, finden sie es nach dem Umzug schwer, wieder auf die Beine zu kommen.

Für Professor Christopher de Wet von der Rhodes University in Südafrika ist das kaum überraschend. „Theoretisch wurden die Menschen in Mualadzi und Cateme entschädigt, aber in der Praxis sind sie viel schlimmer dran als vorher. Sie wurden auf viel schlechteres Land versetzt und sind weiter von Transportnetzen entfernt. Damit können sie nur schwerlich ihre Güter vermarkten. In diesem Sinne kann Entschädigung tatsächlich zu Verarmung führen.“ Er betont die Komplexität von Umsiedlungen: „Gehen wir z.B. von einem Händler aus. Man kann ihn für die Größe seines Ladens und seiner Güter entschädigen. Aber sein Lebensunterhalt hängt tatsächlich vom kostbarsten aller Güter

ab, von all den Vertrauensbeziehungen. Wie wird er dafür entschädigt? Umsiedlung zerstört diese Dinge, und genau diese komplexen Fragen berührt die Entschädigung erst gar nicht."

TEIL 3: MUALADZI UND DER BENGA RESETTLEMENT ACTION PLAN (RAP)

Danwatch erhielt bei der Recherche Einblick in den Benga Resettlement Action Plan (RAP), auf dem die Umsiedlung ortsansässiger Gemeinden aus dem Konzessionsbereich der Benga-Mine begründet war. Hier wird Mualadzi eindeutig als ein Gebiet mit mangelhaften Wasserressourcen beschrieben: „Die Oberflächen-Wasserressourcen sind in dem Bereich schlecht entwickelt, da kein ganzjähriger Wasserlauf im oder in der Nähe des Entwicklungsgebiets fließt. Die saisonalen Bäche sind in ihrem Fluss stark von der Regenzeit abhängig und können daher nicht als kontinuierliche Wasserquelle betrachtet werden."

Der RAP belegt, dass das Bergbauunternehmen Riversdale und die Provinzregierung von Tete Mualadzi als neue Heimat für die Gemeinden im vollen Bewusstsein der mangelhaften Wasserversorgung in dem Gebiet wählten. Die Umsiedlung in das abgelegene Gebiet erfolgte, bevor eine weitere Untersuchung zur Verfügbarkeit von Wasser abgeschlossen war, und lange vor einer Lösung.

Umzug nach Plan

2011 führte Rio Tinto die größte Umsiedlungsphase durch und 358 Familien zogen nach Mualadzi. Aufgrund der mangelhaft entwickelten Wasserressourcen sollte ein technisches Team Wassersysteme konzipieren und installieren, um den natürlichen Wassermangel im Gebiet auszugleichen. Allerdings haben Riversdale und die Regierung entsprechend dem RAP von 2009 die Umsiedlung von Mualadzi bereits vorher durchgeführt, obwohl ihnen bewusst war, dass es noch keine Lösung gab.

Die Ziegel mit denen Josefina Torres und ihr Ehemann einen Ausbau an ihr Haus bauen wollen.

Der RAP belegt weiterhin, dass die Regierung nach einem alternativen Umsiedlungsort suchen sollte, falls keine nachhaltige Lösung für das Wasserproblem gefunden würde. „Während der Umsetzungsphase wird die Wasserverfügbarkeit am Standort Mualadzi bestätigt. Sollte sie sich als unzureichend herausstellen, wird ein weiteres Verfahren zur Standortidentifizierung unternommen."

GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Obwohl schon seit Jahren Umsiedlungen aufgrund von Bergbauaktivitäten stattfanden, gab es keinerlei Gesetzgebung, um den eigentlichen Umsiedlungsprozess zu regulieren. Erst 2012 wurde die Resettlement Decree (Umsiedlungsverordnung) erteilt, erläutert Dr. Jose Macuane von der Eduardo Mondlane Universität in Maputo, der Forschung im Bereich Volkswirtschaft und natürliche Ressourcen betreibt. Aber wo spezifische Gesetzgebung in Bezug auf Umsiedlung fehlt, greifen andere Gesetze: „Hier geht es vor allem um eine Frage der Rechte. Laut nationaler Gesetze sollten Unternehmen die Lebensbedingungen der Betroffenen wiederherstellen oder verbessern. Die Regierung sollte sicherstellen, dass dies auch tatsächlich geschieht. Aber die Regierung in Mosambik konnte dies nicht durchsetzen", erläutert er. Gemäß des Grundstücksrechts des Landes, das die Rechte zur Landnutzung und die Entschädigungsregeln definiert, haben Einzelbürger, Gemeinden oder andere Körperschaften, die das Land im guten Glauben und nach gängiger Praxis besetzen, das Recht zu unbegrenztem Nutzen des Landes. Dieses Recht darf nur mit fairer Entschädigung entzogen werden. Trotzdem haben die Bedingungen in Mualadzi die Unternehmen oder die Regierung nicht dazu veranlasst, einen alternativen, wirtlicheren Ort für die Familien zu finden.

Mangel an Nahrungsmitteln und Wasser

Rio Tinto folgte bei der Übernahme des Umsiedlungsprozesses den Vorgaben von Riversdale: Mehr als 300 Familien wurden nach Mualazi umgesiedelt. Um den Wassermangel auszugleichen, ließ Rio Tinto Wassertanker am Umsiedlungsort anfahren. Die Wasserversorgung war jedoch unzuverlässig und manchmal musste die Gemeinde tagelang auf die nächste Lieferung warten, so stellt es ein Bericht der Organisation Human Rights Watch fest, die 2013 ein großes Gutachten in dem Gebiet erstellte.

Mehrere Betroffene beschreiben, warum die Wasserknappheit bis heute eine unmittelbare Herausforderung

darstellt. Zu ihnen gehört auch die 37-jährige Josefina Torres: „Wir haben nicht genug Wasser. Daher müssen wir uns an der gleichen Stelle waschen, wo auch die Kühe trinken." Als Mutter von fünf Kindern macht sie sich täglich Sorgen, wie sie genug Essen und Wasser für ihre Kinder finden soll. Sie und ihr Mann versuchen alles, um in ihrem neuen Leben über die Runden zu kommen. „Hier gibt es keine Arbeit für uns. Früher haben wir für den Bau Ziegel gemacht und Steine gebrochen, aber wir wissen nicht, was wir hier tun sollen. Wir haben Hunger, und manchmal gibt es nur einmal am Tag etwas zu essen", erklärt sie. Bei ihrer Ankunft in Mualadzi erhielt die Familie ein kleines Stück Land, aber wegen des Wassermangels gedeiht so gut wie gar nichts auf dem Boden, der im RAP als „steinig" und „seicht" beschrieben wurde. Momentan leben sie von etwas Mais, den sie letztes Jahr eingelagert haben — was für eine siebenköpfige Familie bei weitem nicht ausreicht, sagt Torres.

Probleme waren zu erwarten

Paradoxerweise widerspricht die Wahl von Mualadzi den eigenen Kriterien von Riversdale zur Auswahl eines geeigneten Umsiedlungsortes. Denn dazu gehören u.a. „ausreichende und angemessene bestehende oder potenzielle Wasserversorgung, ausreichend landwirtschaftlich nutzbarer Boden und einfacher Zugang zum Standort."

Diesen Kriterien wurde jedoch keine Priorität zugeordnet und Riversdale gab eindeutige Vorbehalte an: „Obwohl diese vorgeschlagenen Kriterien Anwendung fanden (bei der Standortauswahl, Anm. d. Red.), wurde anerkannt, dass es unwahrscheinlich war, dass in den Einzelfällen alle Kriterien erfüllt werden würden. Daher wurden die potenziellen Umsiedlungsgebiete gewählt, die die größte Anzahl der wichtigen Kriterien erfüllten", steht im Plan zu lesen.

Bisher wurde noch keine dauerhafte Lösung für das Wasserproblem gefunden. Die Gemeinde von Mualadzi ist in Sachen Wasserversorgung immer noch von den derzeitigen Besitzern der Benga-Mine, ICVL und Tata Steel, abhängig. Abgesehen von der Tatsache, dass es dort keine Bergbaukonzessionen gab, enthält der Plan keinerlei Erklärung, warum Mualadzi als der geeignetste Ort gewählt wurde.

Bergbaukonzerne: Enthalten sich jeglicher Antwort!

Danwatch hat alle beteiligten Bergbauunternehmen kontaktiert und ihnen diese Erkenntnisse vorgelegt. Rio Tinto, die hinter der Umsiedlung der größten Gruppe nach Mualadzi steht, wollte keinen Kommentar dazu abgeben, warum das Unternehmen keinen Alternativplan umgesetzt hat, als es die Situation vor Ort erkannte. Es blieb auch unkommentiert, wie die Unternehmensstandards der Firma hiermit in Einklang zu bringen sind. Das Unternehmen gibt an, dass die Verantwortung bei der Regierung und dem derzeitigen Eigentümer, ICVL, läge und betont: „Die Regierung von Mosambik behält sich das Recht vor, das Land zu wählen und bereitzustellen, auf das die Bevölkerung umgesiedelt werden soll. Dies war auch bei der Umsiedlung im Zusammenhang mit der Benga-Mine der Fall."

Laut Tata Steel, die mit 35 Prozent an der Benga-Mine beteiligt ist, hat das Unternehmen „keine Beteiligung an Führungsentscheidungen in Bezug auf die Benga-Mine." Danwatch erkundigte sich bei Tata Steel, ob das Unternehmen Schritte unternommen hätte oder planen würde, die Situation in Mualadzi zu verbessern, aber das Unternehmen hat nicht auf die Frage geantwortet. Auch ICVL, dem die aus dieser Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse bereitgestellt wurden, reagierte nicht.

TEIL 4: STAHL FÜR DIE EU AUF KOSTEN DER MENSCHENRECHTE

Die größten Stahlerzeuger in Europa beziehen Kokskohle aus Mosambik, wo Bergbauunternehmen tausende Menschen verdrängt haben, um für die großrahmigen Projekte Platz zu schaffen. Die Untersuchung „Broken Promises" dokumentiert, wie internationale Bergbaukonzerne im vollen Bewusstsein und mit Billigung der Regierung von Mosambik örtliche Gemeinden in abgeschiedene Gebiete mit begrenztem Zugang zu Arbeitsplätzen, Nahrungsmitteln und Wasser umgesiedelt haben. Bei Fragen nach ihrer Lieferkette berufen sich die meisten Stahlunternehmen auf Vertraulichkeit.

Mit seiner strategischen Lage an der Südostküste Afrikas und Häfen mit Zugang zu den Schifffahrtswegen auf dem indischen Ozean, und mit großen, bisher unangetasteten Kohleressourcen ist Mosambik heute der weltweit fünftgrößte Exporteur von Kokskohle. Die Ergebnisse einer Umfrage von Danwatch, die an die zehn größten Stahlproduzenten in Europa gingen, in Kombination mit einer Recherche der Unternehmensunterlagen, zeigen, dass ArcelorMittal, Tata Steel Europe, ThyssenKrupp und Voestalpine Kokskohle aus Mosambik beziehen. Drei der Top-Ten Stahlproduzenten in dieser Untersuchung können über ihre Lieferkette direkt mit diesen Umsiedlungen in Verbindung gebracht werden.

Die betroffenen Unternehmen ArcelorMittal, Tata Steel Europe und ThyssenKrupp haben sich jedoch geweigert, Fragen zu beantworten, die sich direkt auf die Situation in Cateme und Mualadzi beziehen. Aber in ihren allgemeinen Aussagen Danwatch gegenüber beziehen sie sich auf internationale Richtlinien sowie Unternehmensrichtlinien und betonen, dass verantwortliche Beschaffung und Überwachung der Lieferkette eine gemeinsame Priorität darstellen.

1.4 Konfliktmineralien im Stahl?

Allgemein wird Stahl vor allem mit dem Grundrohstoff Eisen in Verbindung gebracht. Unmengen dieses Massenrohstoffs werden seit der Industrialisierung benötigt. Doch Stahl ist längst nicht mehr gleich Stahl. Eine ganze Bandbreite an Metallen und Nichtmetallen spielen bei der Herstellung der unterschiedlichen Stahlsorten eine Rolle. **Von Christian Wimberger**

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir Folgen der Rohstoffgewinnung für Menschen und Umwelt am Beispiel des Erzabbaus in Brasilien und des Kokskohleabbaus in Mosambik veranschaulicht. Für die Herstellung von Stahlsorten mit spezifischen technischen Anforderungen werden allerdings weitere Elemente zur Veredelung benötigt. Dazu zählen u.a. Kohlenstoff, Tantal, Wolfram, Zinn, Chrom oder Schwefel (die Grafik auf Seite 19 zeigt die Funktionen der Elemente). Viele dieser Stoffe haben für die Unternehmen eine strategische Bedeutung, da ihre Verfügbarkeit begrenzt ist und von handelspolitischen Rahmenbedingungen bestimmt wird.

Die Lieferketten eines scheinbar einfachen Produkts wie Stahl werden dadurch sehr komplex. Oft geben Unternehmen an, dass sie diese verzweigten Lieferketten nicht mit einer Menschenrechts- und Umweltpolitik durchdringen können. Doch dieses Argument dient oft nur als Ausrede, um der Verantwortung nicht nachkommen zu müssen.

Laut Rohstoffbericht 2014 der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe werden die Daten über die Produktion der Stahllegierungen vertraulich behandelt, da nur wenige Firmen in diesem Bereich tätig sind. Deutsche Stahlhersteller sind vollständig von Importen dieser Metalle und Nichtmetalle für die Produktion ihrer charakteristischen Stahlsorte abhängig.[1]

Was sind Konfliktmineralien?

Vor allem seit dem Inkrafttreten des sog. Dodd-Frank Acts (englisch: Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act) ist der Begriff der Konfliktmineralien in aller Munde. Das im Jahr 2010 verabschiedete Gesetz, das vor allem auf die Reform des Finanzsektors abzielt, beinhaltet auch Berichtspflichten von an der Wallstreet notierten Unternehmen zu den Lieferketten der Metalle Tantal, Wolfram, Zinn und Gold.

Warum gerade diese Stoffe? Die sog. 3TG-Metalle (englisch: **T**in, **T**ungsten, **T**antal und **G**old) finanzieren im Kongo und in den angrenzenden zentralafrikanischen Staaten seit Jahren blutige bewaffnete Konflikte zwischen irregulären und regulären Streitkräften. Rebellengruppen kontrollieren den Abbau dieser Metalle und setzen sie auf dem internationalen Markt ab, wo sie von Hochtechnologie-Unternehmen, aber auch von Stahlerzeugern weltweit gekauft werden. Unter Konfliktmineralien werden nach der Definition des Dodd-Frank Acts ausschließlich Metalle verstanden, die im Gebiet der Großen Seen in Zentralafrika bewaffnete Konflikte finanzieren.
Die vom Dodd-Frank Act betroffenen Unternehmen müssen in öffentlich zugänglichen Berichten offen legen, ob sie Konfliktmineralien aus dieser Region beziehen. Ist das der Fall, müssen sie angeben, welche Risiken der Konfliktfinanzierung sie in der Lieferkette identifizieren und wie sie damit umgehen. Diese als Sorgfaltspflichten (due dilligence) bezeichneten Maßnahmen orientieren sich an den *OECD-Leitlinien für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten*.

KEINE ROHSTOFFE, DIE KONFLIKTE FINANZIEREN!

Die internationale Kampagne „Stop Mad Mining", an der sich die CIR beteiligt, vertritt die Position, dass nur durch verbindliche Sorgfaltspflichten der Zusammenhang zwischen dem Rohstoffabbau und der Konfliktfinanzierung wirksam unterbunden werden kann.

www.stop-mad-mining.org

STOP MAD MINING

Auch die Institutionen der Europäischen Union sind aktuell dabei, eine Verordnung zur Vermeidung der Konfliktfinanzierung auf den Weg zu bringen. Hier gibt es derzeit zwei Positionen: Während das Europäische Parlament und zivilgesellschaftliche Organisationen verpflichtende Sorgfaltspflichten für den Upstream-Bereich (der Weg von der Mine bis zur Schmelze) und die Downstream-Lieferketten (von der Schmelze bis zum Endprodukt) fordern, setzen sich die Europäische Kommission, Wirtschaftsverbände und Unternehmen für eine freiwillige Zertifizierung ein.

Nicht nur Zentralafrika ist betroffen

Gegenüber dem Dodd-Frank Act hat der Entwurf des Europäischen Parlaments den entscheidenden Vorteil, dass er nicht nur für Zentralafrika gilt, sondern für alle Länder, in denen der Abbau der Metalle Konflikte finanziert. Dazu

1 www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/Rohsit-2014.pdf

zählt z.B. Kolumbien, wo sich bewaffnete, neo-paramilitärische Gruppen und Guerilla-Armeen am illegalen Abbau u.a. von Gold und Wolfram bereichern.

Das Wirtschaftsmagazin Bloomberg konnte in diesem Zusammenhang nachweisen, dass die deutschen Konzerne BMW, Volkswagen, Porsche und Siemens Zinn und Wolfram über einen österreichischen Zulieferer aus einer Mine bezogen, die von der Guerilla-Gruppe FARC kontrolliert wird.[2] Wolfram, Tantal und Zinn, also drei von vier potentiellen Konfliktmineralien, werden vielen Stahlsorten beigemischt. Es handelt sich zwar um geringe Mengen, aber diese erfüllen wichtige technische Funktionen.

Augen auf beim Rohstoffkauf!

Der Dodd-Frank Act und die EU-Verordnung, sollte sie verbindlich sein, sind erste wichtige Schritte zur Vermeidung von Menschenrechtsverbrechen im Rohstoffgeschäft. Doch reichen sie aus, um die Verknüpfung zwischen Menschenrechtsverletzungen und dem Rohstoffabbau zu durchbrechen? Leider nein!

ERSTENS werden Bürgerkriege und bewaffnete Konflikte nicht nur mit Gold, Tantal, Wolfram und Zinn finanziert. Die Studie „There is more than 3TG" der Organisation SOMO zeigte Anfang 2015 auf, dass eine ganze Reihe von Bergbauprodukten mit der Finanzierung von bewaffneten Konflikten in Verbindung stehen, die weder in der EU-Verordnung noch im Dodd-Frank Act eine Rolle spielen. Darunter befinden sich auch Metalle, die für die Stahlproduktion wichtig sind:

- Nickel aus Kolumbien (Einfluss paramilitärischer Gruppen)
- Kupfer, Nickel, Eisenerz, Zink aus den Philippinen (Konflikt zwischen bewaffneter Gruppen und Regierung)
- Kupfer und Eisenerz aus Mexiko (Finanzierungsquelle und Gelegenheit zur Geldwäsche für Drogenkartelle)[3]

Deshalb fordert die Organisation SOMO, dass Sorgfaltspflichten auf diese Metalle ausgedehnt werden müssen.

ZWEITENS verüben nicht nur irreguläre Streitkräfte Menschenrechtsverbrechen, die sich aus dem Bergbau bereichern. Auch Bergbaukonzerne vertreiben Gemeinden und schlagen mit ihren privaten Sicherheitsfirmen und in Zusammenarbeit mit Militär und Polizei Protestbewegungen nieder, die sich gegen das schmutzige Geschäft der Bergbaukonzerne zur Wehr setzen.

In diesen sog. **Bergbaukonflikten** stehen Gemeinden, die ihr Recht auf Wasser und eine saubere Umwelt verteidigen, Unternehmen gegenüber, die ausschließlich an der Steigerung ihres Profits interessiert sind. In vielen Ländern wie Guatemala oder Peru errichten nordamerikanische Bergbaukonzerne regelrechte Geheimapparate oder Parallelstaaten, um Gemeinden zu spalten und AktivistInnen einzuschüchtern. Sie genießen dabei in vielen Fällen völlige Straffreiheit.

Um ihrer Verantwortung als Massenbezieher von Rohstoffen gerecht zu werden, sollten die Stahlhersteller mit wirksamen und glaubwürdigen Maßnahmen diesen vielfältigen Konfliktlagen begegnen, die sie mitverursachen.

„KONFLIKTROHSTOFF" NICKEL

Laut dem Bericht „Deutschland — Rohstoffsituation 2014" der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat Deutschland 2014 insgesamt 68.100 Tonnen Nickel importiert und war damit der fünftwichtigste Nickel-Importeur weltweit. Ein großer Teil stammt aus Indonesien.

Michael Reckordt von PowerShift machte sich im Juli 2015 selbst ein Bild von den Folgen des Nickelabbaus auf den Philippinen. Dazu zählen durch Kontaminierung rotgefärbte Flüsse, die Fischzucht und Landwirtschaft unmöglich machen, was zahlreiche Konflikte zwischen betroffenen Gemeinden und Unternehmen[4] nach sich zieht.

Auch in Guatemala wird Nickel abgebaut, das laut guatemaltekischem Wirtschaftsministerium 2014 im Wert von 46 Millionen US$ von der EU importiert wurde.[5] Auf einer Delegationsreise erfuhr die CIR von der Verfolgung von UmweltaktivistInnen durch staatliche Institutionen und parastaatliche Organisationen im Umfeld von Bergbauprojekten. Allein 2014 wurden laut der Organisation Global Witness fünf UmweltaktivistInnen ermordet.[6]

In ihrem Assoziierungsvertrag mit Zentralamerika stellt die EU keine effektiven Maßnahmen bereit, um solche aufgrund von Profitgier verübten Verbrechen zu verhindern.[7] Nickel kann auf den Philippinen und in Guatemala als „Konfliktrohstoff" angesehen werden, nicht im Sinne der Finanzierung eines bewaffneten Konfliktes sondern aufgrund sozialer Konflikte zwischen Gemeinden und den Konzernen.

2 www.bloomberg.com/news/articles/2013-08-08/terrorist-tungsten-in-colombia-taints-global-phone-to-car-sales
3 www.ci-romero.de/fileadmin/media/mitmachen/Rohstoffe/There_is_more_than_3TG.pdf
4 Lesen Sie hier seinen Reisebericht: klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org/2015/07/23/rote-fluesse-und-tote-fischteiche-nickelabbau-in-den-philippinen-teil-1-von-michael-reckordt
5 www.mineco.gob.gt/sites/default/files/evaluacion_relaciones_comerciales_entre_gua_-_union_europea.pdf — Lesen Sie hier den Reisebericht: www.ci-romero.de/reise
6 www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/how-many-more
7 www.fdcl.org/wp-content/uploads/2014/09/Offener_Brief_von_Nichtregier..._des_Deutschen_Bundesrats.pdf

Stahl-legierungen und ihre Eigenschaften

KAPITEL 2

MACHT UND EINFLUSS DER STAHLINDUSTRIE

2.1 Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung: Alles für die Industrie

Von 2003 bis 2008 schmückte sich Deutschland mit dem Titel des Exportweltmeisters. Kein anderes Land der Welt führte in diesem Zeitraum einen höheren Warenwert aus. Doch nicht überall auf der Welt gibt es dafür Beifall. **Von Michael Reckordt**

Seit 1953 zählt Deutschland jedes Jahr zu den drei größten globalen Exportnationen. Ins Ausland verkauft werden vor allem Automobile, Maschinen, Chemie-Erzeugnisse und elektronische Güter. Für deren Produktion müssen Rohstoffe importiert werden. Deutschland ist fast zu 100 Prozent abhängig vom Import von Primärmetallen. Rohstoffe sind daher längst zum Gegenstand harter Politikfelder wie der Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- oder Handelspolitik geworden.

Gleichzeitig wehren sich weltweit immer mehr Menschen gegen die Ausweitung der Bergbauaktivitäten. Sei es die Gewinnung von Seltenen Erden in China, Coltan im Kongo, Nickel auf den Philippinen, Kokskohle in Mosambik, Eisen in Brasilien, Kupfer in Peru, Gold in El Salvador oder Braunkohle in der Lausitz: der zunehmende Rohstoffverbrauch führt in den Abbauregionen zu immer mehr sozialen Konflikten, Umweltzerstörung und zum Teil gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Länder wie Indonesien, Vietnam und China reagieren auf diese Auswirkungen des Bergbaus zum Teil mit Exportzöllen oder -verboten, um die Wertschöpfung im Land zu verlängern oder um die ökologischen Lasten, die mit dem Abbau verknüpft sind, meistern zu können.

Seit jeher Deutschlands oberstes Ziel: Rohstoffsicherung!

In Deutschland versuchen staatliche und nichtstaatliche Akteure seit mehr als zehn Jahren, mit verschiedenen Strategien eine Rohstoffpolitik durchzusetzen, die vor allem die Sicherung der Industrieversorgung und des Titels „Exportweltmeister“ zum Ziel haben. Im „Rennen um die noch vorhanden Rohstoffe“ (Michael T. Klare 2012) drängt die Industrie die Politik zum Handeln.

Ende der 1990er waren die Weltmarktpreise für Rohstoffe niedrig. Für die deutsche Industrie gab es keinen Grund, selbst in den Auslandsbergbau zu investieren, da Gewinnmargen gering, Investitionen aber hoch und riskant waren. Mit der Preussag wurde das letzte große deutsche Auslandsbergbauunternehmen in dieser Zeit zum Touristikkonzern TUI umgewandelt.

Doch kaum war der Auslandsbergbau Deutschlands abgewickelt, veränderte sich der globale Markt. Durch die Nachfrage Chinas, eine stärkere Konzentration bei den Bergbaukonzernen, geringere Konzentrationen von Erzen im Verhältnis zur bewegten Erde, steigende Spekulation an der Börse und eine starke Produktionsverlagerung nach Asien (neben China wurden auch Japan, Südkorea und Indien große Rohstoffverbraucher) stiegen die Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe an.

Die deutsche Industrie befürchtete mittelfristig eine Einschränkung der eigenen Versorgungssicherheit und gründete den „Ausschuss für Rohstoffpolitik“ im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Ziel des Ausschusses ist es, das Thema Rohstoffpolitik auf die bundespolitische Tagesordnung zu setzen. In dem Interessensverband der Industrie ist traditionell die rohstoffverarbeitende Industrie stark vertreten, darunter die Stahlindustrie.

Politik als Gehilfin für Versorgungssicherheit

Es begann eine kontinuierliche Lobbyarbeit, die zum ersten BDI-Rohstoffkongress am 8. März 2005 in Berlin führte. Die BDI-Rohstoffkongresse (bis heute vier) wurden ins Leben gerufen, um den Forderungen der Industrie Nachdruck zu verleihen. Nach der Begrüßung durch den von 2005 bis 2008 amtierenden BDI-Präsidenten Jürgen Thumann, der zuvor von 2001 bis 2005 Präsident des Wirtschaftsverbands Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) war, sprach der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Schröder betonte, dass „wirtschaftsinterne Lösungen [gefunden werden müssen], die im Interesse der Unternehmen, aber auch im Interesse der Beschäftigten in der Stahlindustrie und in der Stahlverarbeitung liegen. Welchen organisatorischen Rahmen man dazu braucht, wird sich in den Diskussionen, die wir miteinander zu führen haben, herausstellen müssen.“

Wie sich die Industrie diese Diskussion vorstellte, erklärte Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling im Anschluss. Ameling, der seit den 1970er Jahren in unterschiedlichen deutschen Stahlkonzernen führende Positionen innehatte und im Jahr 2000 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und zugleich Präsidiumsmitglied des BDI wurde, machte deutlich, worum es der deutschen Industrie geht: „In der Vergangenheit hat die Politik der zentralen Bedeutung der Rohstoffversorgung nicht ausreichend Rechnung getragen. Unsere eigene Rohstoffproduktion wurde mehr unter Ausstiegsszenarien diskutiert als von dem Gedanken geleitet, Rohstoffprojekte rasch und zügig umzusetzen — ausreichende Wettbewerbsfähigkeit vorausgesetzt. Außenhandelspolitik wurde vor allem als Instrument zur Öffnung von Absatzmärkten und weniger als Beitrag zur Rohstoffsicherung gesehen. Wir können aber in Deutschland nur dann Exportweltmeister bleiben, wenn die Unternehmen freien und fairen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten erhalten. […] Die Politik ist daher aufgerufen, die Bedingungen an unserem Standort so zu gestalten, dass die Wertschöpfungskette die Belastungen, die sich im Markt ergeben, auch tragen kann. Hierzu gehört neben raschen Erleichterungen im Bereich der Steuerpolitik vor allem auch eine andere Energiepolitik. Diese darf sich nicht mehr einseitig am Ziel der Klimavorsorge orientieren. Sie muss auch stärker die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sicherstellen.“

Michael Reckordt ist Geograph und arbeitet seit vielen Jahren zu den Auswirkungen des Rohstoffabbaus. Seit 2013 ist er bei PowerShift als Koordinator des bundesweiten Netzwerks AK Rohstoffe angestellt. Der AK Rohstoffe vereinigt Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und setzt sich für eine faire und gerechte Rohstoffpolitik ein.

Lobby der Industrie bestimmt deutsche Rohstoffstrategie

Als die deutsche Bundesregierung im Oktober 2010 die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ auf dem dritten BDI-Rohstoffkongress präsentierte, hatte die Lobbyarbeit des BDI und der anderen Verbände ihren Durchbruch. Seit dem ersten BDI-Rohstoffkongress im Jahr 2005 haben die jeweiligen Bundesregierungen der Industrie ihre rohstoffpolitischen Wünsche weitgehend erfüllt.

Auf dem zweiten BDI-Rohstoffkongress wurden nicht nur die „Elemente einer Rohstoffpolitik“ von der damaligen großen Koalition vorgestellt, sondern auch ein Interministerieller Ausschuss (IMA) Rohstoffe gegründet. Über diesen steht noch heute auf der Website des Wirtschaftsministeriums: „Rohstoffpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die zahlreiche Politikbereiche betrifft. Deshalb werden die Aktivitäten der Bundesregierung in der Rohstoffpolitik im IMA Rohstoffe koordiniert. Unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sind daran die betroffenen Ressorts und Behörden beteiligt. Seit der Neu-Konstituierung des IMA Rohstoffe im Juni 2007 arbeitet auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als Sachverständiger aktiv und konstruktiv an der Rohstoffpolitik mit und bündelt dabei die Interessen der Industrie.“[1]

Die Betroffenen in den Abbaugebieten oder die deutsche Zivilgesellschaft werden nicht eingeladen. Daher liest sich die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ (BMWi 2010)[2] praktisch wie der Forderungskatalog der Indust-

1 www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/rohstoffpolitik.html
2 www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung

rieverbände. Hier werden weitere Freihandelsabkommen, eine kohärente Rohstoffdiplomatie und Streitschlichtungsklagen im Rahmen der WTO gefordert. Vor allem handelspolitische Maßnahmen anderer Länder, wie Exportzölle oder -quoten sowie Importvergünstigungen sollen als Wettbewerbsverzerrungen mit harten Instrumenten (Klagen) und einer Rohstoffdiplomatie abgebaut werden.

Die Strategie verspricht darüber hinaus eine stärkere Unterstützung der Industrie bei der Diversifizierung der Rohstoffquellen, etwa über staatliche Kredite und Investitionsgarantien, geologische Vorerkundungen und eine verbesserte Datenbereitstellung. Zur Beratung wurde die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) unter dem Dach der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) gegründet, die als Dienstleister der Industrie fungiert.

Gleichzeitig wurde mit Unterstützung der Bundesregierung die Rohstoffallianz gegründet. Die Bundesregierung erhoffte sich daraus eine sog. Rückwärtsintegration der deutschen Industrie zurück in den Bergbau. Auch die zwölf deutschen Unternehmen, die sich in der Rohstoffallianz zusammenschlossen (aus der Stahlindustrie Georgsmarienhütte Holding, SHS Stahl-Holding-Saar und ThyssenKrupp), erhofften sich Beteiligungen an Rohstoffprojekten, um die eigene Versorgung zu diversifizieren. Doch wegen des Verfalls der Weltmarktpreise seit 2011 und des nur mäßigen Erfolgs, einen Beitrag zur Rohstoffsicherung zu leisten, wird die Rohstoffallianz im Jahr 2016 in die Unternehmen überführt.

Ein weiteres politisches Instrument zur Rohstoffsicherung sind bilaterale Rohstoffpartnerschaften, in denen außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Zielsetzungen miteinander verbunden werden (BMWi 2010). Mit der Mongolei (Oktober 2011), Kasachstan (Februar 2012) und Peru (Juli 2014) wurden bisher solche Abkommen unterzeichnet, obwohl zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien die möglichen Risiken eines solchen Abkommens ausführlich dokumentieren.[3]

Lobby-Aktivitäten der Stahlindustrie am Beispiel ThyssenKrupp

ThyssenKrupp ist weltweit aktiv, auch in den o.g. Rohstoffpartnerländern. Ekkehard Schulz, damaliges Mitglied des Aufsichtsrats von ThyssenKrupp, kommentierte im Handelsblatt am 13. Oktober 2011[4] die Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei wie folgt: „Deutschland muss sich strategische Allianzen auch im Bereich der Rohstoffe sichern, die in den kommenden Jahrzehnten knapp werden können." Vor allem über umstrittene Technologien wie die Kohle-Verflüssigung wollte die ThyssenKrupp-Tochter Uhde Geschäfte machen. „Im Gegenzug für Rohstofflieferungen erklärt sich Deutschland zu einem Technologietransfer in die Mongolei und Hilfen zur Ausbildung einheimischer Kräfte vor", berichtete das Handelsblatt.

Neben den Aktivitäten in der Mongolei und in Kasachstan, wo das Unternehmen ein Silizium-Metall-Werk betreibt, profitiert ThyssenKrupp auch von der Rohstoffpartnerschaft mit Peru. Erst 2015 hat der Konzern u.a. vom mexikanischen Bergbauunternehmen Southern Copper den Auftrag für ein sog. Brecher-Band-System bekommen, das in der Kupfermine Cuajone Erz fördern wird.

ThyssenKrupp steht bei der Rohstoffverarbeitung vor allem mit seinem Stahlwerk in Rio de Janeiro in der öffentlichen Kritik. Die starken Emissionen belasten die Gesundheit der AnwohnerInnen und verschmutzen die Umwelt[5]. Statt sich dieser Kritik zu stellen und den Hauptfokus auf Verbesserungen vor Ort zu setzen, versucht der Konzern, die Probleme durch geschickte Pressearbeit zu verdecken.

Lobbycontrol berichtete in dem Zusammenhang, dass eine Reihe wichtiger Wirtschaftsjournalisten zu aufwändigen Reisen nach Südafrika eingeladen wurden, um Positives zu berichten.[6] Dort nämlich betreibt ThyssenKrupp ein Werk, das scheinbar mit höheren Standards arbeitet. Als wichtigster deutscher Stahlkonzern kommt dem Unternehmen eine bedeutende Rolle zu — leider auch, wenn es um die Beeinflussung der medialen Berichterstattung geht.

Kontaktpflege in Berlin

Sehr wichtig ist auch die politische Arbeit in Berlin, wo immer mehr Unternehmen eigene Lobbybüros unterhalten, um den Kontakt zur Politik intensiv zu pflegen. Unternehmen wie die Kupfer-Schmelze Aurubis und ThyssenKrupp besitzen von den Parteien ausgestellte Ausweise, die ihnen direkten Zutritt zum Bundestag, z.B. zu öffentlichen Anhörungen, oder zu den Abgeordnetenbüros verschaffen.[7]

Ein weiteres Beispiel für geschickte Lobbyarbeit der Stahlindustrie sind die Berliner Stahldialoge, die seit 2012 jährlich stattfinden. Sie bieten die Möglichkeit, auf persönliche Einladung einen Dialog zwischen Politik und Stahlindustrie zu etablieren und Agenda-Setting zu betreiben. Schon 2012, so schreibt ThyssenKrupp auf seiner Website, „ist keine andere Branche in so hohem Maße von europäischen und nationalen energie- und klimapolitischen Regulierungen betroffen wie die Stahlindustrie."[8]

Am 19. März 2014 trafen sich Spitzenpolitiker aus allen Parteien (Dr. Michael Fuchs, CDU; Dr. Gregor Gysi, Die Linke; Hubertus Heil, SPD; Dr. Anton Hofreiter, Die Grünen) auf dem Podium zur Diskussion mit Robrecht Himpe von ArcelorMittal S.A. Das Thema lautete: „Stahl in der Ener-

3 www. alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/07/Rohstoffpartnerschaften_statt_Leidensgemeinschaften_Juli2014.pdf
4 www.handelsblatt.com/politik/international/ressourcen-allianz-merkel-besiegelt-rohstoff-deal-mit-mongolei/4748992.html
5 www.kritischeaktionaere.de/thyssenkrupp.html
6 www.lobbycontrol.de/2013/08/gefallen-an-gefalligkeiten-wie-journalisten-umgarnt-werden
7 www.spiegel.de/media/media-38087.pdf
8 www.thyssenkrupp.com/de/bildstrecke/119

AktivistInnen machen mit einem Banner darauf aufmerksam, wie viel Einfluss die Bundespolitik den Lobbyisten großer Konzerne gewährt

giewende“. Die Keynote wurde vom Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) gehalten, gleich nach der Begrüßung von Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. „Wie in der neuen Legislaturperiode die Reform der Energiewende gelingen und zugleich die Leistungsfähigkeit des Industriestandortes gewahrt werden kann, wollen wir mit Entscheidern aus Politik und Wirtschaft diskutieren“, hieß es in der Einladung.[9]

Sprache verändert sich, Politik (noch) nicht

Trotz zivilgesellschaftlichen Drucks z.B. bei der Diskussion um Sorgfaltspflichten bei der Verwendung von sog. Konfliktrohstoffen und einer Veränderung im Wording (das BMWi richtete im November 2015 eine „Internationale Rohstoffkonferenz“ zum Thema „Verantwortung übernehmen — Nachhaltigkeit in der Rohstoffwirtschaft fördern“ aus) hat es bisher keinen großen politischen Wandel gegeben. Das liegt auch daran, dass die Industrie sich weiter dagegen sträubt.

„Wir dürfen die Menschenrechte nicht privatisieren“, sagt der Präsident des BDI, Ulrich Grillo, am 3. Juli 2014 im Haus der deutschen Wirtschaft auf dem vierten BDI-Rohstoffkongress, obwohl das Motto des Kongresses eigentlich „Rohstoffversorgung verantwortungsvoll und nachhaltig sichern“ ist. Doch der Beitrag von Grillo macht deutlich, dass Verantwortung und Nachhaltigkeit nicht im Zentrum des Interesses der deutschen Industrie stehen. Stattdessen geht es weiterhin um die eigene Versorgungssicherheit. Noch im Jahr 2010 hieß es beim BDI: „Der sichere Zugang auch zu nichtenergetischen Rohstoffen ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Zukunftsfähigkeit des Industrielands Deutschland von grundlegender Bedeutung.“

Unternehmensverantwortung?

Die Verantwortung der Unternehmen, Menschenrechte zu achten — von Ulrich Grillo fälschlicherweise als Privatisierung wahrgenommen — wird weder in der deutschen Rohstoffstrategie noch in den Rohstoffpartnerschaften thematisiert. Die Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau ist laut Verständnis der deutschen Industrieverbände Aufgabe der jeweiligen Staaten.

Während also multinationale Unternehmen durch Investitionsschutzabkommen eine völkerrechtliche Möglichkeit haben, Staaten zu verklagen und für demokratische Entscheidungen entschädigt werden, sind ihre Pflichten weiterhin freiwilliger Natur, solange sie sich der jeweiligen nationalen Rechtsprechung entziehen können. Dass diese freiwilligen Pflichten nicht hinreichend erfüllt werden, zeigen zahlreiche Dokumentationen über die katastrophalen Auswirkungen des Rohstoffabbaus weltweit: Menschenrechtsverletzungen, Finanzierung von Bürgerkriegsgruppen und Zerstörung der Umwelt.

9 www.stahl-online.de/index.php/berliner-stahldialog-2014

2.2 Förderungswürdige Menschenrechtsverletzungen? Der Staat als Schutzpatron für Stahlgeschäfte im Ausland

Die Bundesregierung hat vielfältige Strategien und Instrumente entwickelt, um der deutschen Wirtschaft bei ihren Auslandsgeschäften unter die Arme zu greifen. Unter dem Titel „Außenwirtschaftsförderung" werden Investitionen versichert und Exportbürgschaften ausgesprochen, die Kredite für Unternehmen günstiger machen. Eine verbindliche Menschenrechtspolicy für diesen Bereich fehlt jedoch nach wie vor. **Von Johanna Fincke**

Johanna Fincke (CIR) sprach mit Heike Drillisch von der Initiative GegenStrömung über die unterschiedlichen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, ihre Mängel bei der Transparenz und wie die Stahlbranche davon profitiert.

Hermesbürgschaften, Investitionsgarantien und ungebundene Finanzkredit-Garantien (UFK-Garantien): die Bundesregierung hat ein vielfältiges Portfolio zur Förderung der Auslandstätigkeit der Industrie. Was ist der Unterschied zwischen den verschiedenen Instrumenten? Kannst du sie kurz erläutern?

Exportkreditversicherungen wie die deutschen Hermesbürgschaften sind eine staatliche Versicherung von Exporten von Unternehmen aus Deutschland ins Ausland gegen wirtschaftliche und politische Risiken. Der Exporteur oder die vorfinanzierende Bank zahlen eine Gebühr und Prämien, dafür unterstützt die Bundesregierung sie, sollte es zu Problemen kommen, und entschädigt sie bei Zahlungsausfall durch den — staatlichen oder privaten — Besteller im Empfängerland. Investitionsgarantien wiederum versichern Investitionen im Ausland gegen politische Risiken. Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien) können für Projekte im Rohstoffsektor beantragt werden, die im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegen und der Versorgungssicherheit der deutschen Industrie mit Rohstoffen dienen.

Welche der drei Instrumente der Außenwirtschaftsförderung nehmen Stahlhersteller wie z. B. ThyssenKrupp in Anspruch und für welche Projekte im Ausland dienen sie im Regelfall?

Über Investitionsgarantien ist wenig bekannt. Über sie wird nur beispielhaft in den Jahresberichten der Bundesregierung berichtet. UFK-Garantien werden insgesamt nicht sehr viel genutzt, aber auch in diesem Bereich gibt es wenig Transparenz. Bewilligte Hermesbürgschaften über 15 Millionen Euro und zwei Jahre Laufzeit werden systematisch im Internet veröffentlicht, allerdings nur, wenn der Antragsteller zustimmt. Hermesbürgschaften werden häufig für Zulieferungen an Stahlwerke genutzt. Die SMS Group ist der wichtigste Exporteur in diesem Bereich, der Hermesbürgschaften in Anspruch nimmt. (Anm. d. Red.: Die SMS Group beliefert Stahlwerke mit umfassender Technik und Maschinen zur Herstellung von Stahl. Firmensitz ist Düsseldorf.) Diese Hermesbürgschaften für Lieferungen an neu zu errichtende oder größere Ausweitungen von Stahlwerken werden als sog. Kategorie-A-Projekte (Projekte, bei denen mit erheblichen sozialen oder ökologischen Auswirkungen zu rechnen ist) sogar in der Regel vor der Entscheidung der Bundesregierung veröffentlicht. Dazu haben in den letzten Jahren z.B. immer wieder Stahlwerke in Indien gehört, aber es ist im Nachhinein nicht erkennbar, ob die Verträge zustande kamen und wenn nicht, ob dies an der problematischen menschenrechtlichen Situation lag oder andere Gründe hatte.

Große Kritik erntete im Jahr 2010 die Vergabe einer Hermesbürgschaft für Zulieferungen zum Bau eines Stahlwerks von ThyssenKrupp CSA in Brasilien. Das Projekt war von massiven Protesten der brasilianischen Bevölkerung und Bedrohungen der AktivistInnen sowie vielen Verstößen gegen geltendes brasilianisches Umwelt- und Arbeitsrecht begleitet. Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Vergabe der Bürgschaft gerechtfertigt?

Die Bürgschaft in Höhe von 200.000 Euro erfolgte im Rahmen einer Sammeldeckung als sog. Ausfuhrpauschalgewährleistung. Für diese gibt es keine international vereinbarten Prüfkriterien. Die Aussagen der Bundesregierung hierzu widersprechen sich: Einerseits sagt sie, dass sie bei der Vielzahl von Anträgen nicht alle prüfen könne und es bei einem so geringen Lieferumfang kaum Einflussmöglichkeiten auf das Projekt gebe. Gleichzeitig betont sie, sie prüfe auch Projekte unter der Schwelle von 15 Millionen Euro und zwei Jahren Laufzeit und erklärte im November 2010 in Bezug auf das Stahlwerk in Brasilien, dass sie das Projekt für „förderungswürdig und risikomäßig vertretbar" hielt. Wenn sie das Projekt tatsächlich geprüft hat und es trotz der Gesundheitsschäden, Einkommensverluste für Fischer und Repressionen gegen AktivistInnen für „förderungswürdig" hält, stellt sich allerdings die Frage, wie ernst sie ihre menschenrechtliche Verantwortung überhaupt nimmt.

Sind seitdem weitere Bürgschaften vergeben worden oder wurden nach diesem Skandal die Richtlinien für die Vergabe solcher Bürgschaften nochmal überarbeitet?

Öffentlicher Druck gegen Exportkreditversicherungen für verschiedene zerstörerische Großprojekte (in Deutschland z.B. für Großstaudämme in China, Indien und der Türkei) hat dazu geführt, dass die Exportkreditagenturen (ECAs) 2003 auf OECD-Ebene die sog. „Gemeinsamen Empfehlungen für Exportkredite" (vollständig: Recommendation of the Council on Common Approaches for Officially Supported Export Credits and Environmental and Social Due Diligence) vereinbart haben.[1] Sie sind lediglich ein Gentlemen's Agreement — was bedeutet, dass sie freiwillig sind — legen aber einheitliche Prüfkriterien fest, die die ECAs anwenden sollten. Sind negative ökologische oder soziale Auswirkungen zu erwarten, sollten die Projekte Weltbankstandards einhalten. Tun sie dies nicht, reicht es aber, wenn die ECAs dies an die OECD berichten. Diese Empfehlungen wurden mehrfach ergänzt, bei der Überarbeitung von 2012 wurde ein Bezug zu Menschenrechten und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in die Präambel aufgenommen, so dass die ECAs nun auch ihre menschenrechtliche Verantwortung anerkennen. Anfang 2016 werden einige weitere Ergänzungen vom OECD-Rat angenommen werden. Die konsequente Durchführung menschenrechtlicher Risikoanalysen und die verbindliche Einhaltung von Menschenrechtsstandards sind aber nicht zu erwarten. Bzgl. Investitionsgarantien erklärt die Bundesregierung zwar, dass sie diese gemäß dieser gemeinsamen Empfehlungen prüfe, aber mangels Transparenz lässt sich dies von zivilgesellschaftlicher Seite aus nicht verifizieren.[2]

Heike Drillisch ist Ethnologin und seit 2012 Koordinatorin des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung. Mit Hermesbürgschaften und der deutschen Außenwirtschaftsförderung befasst sie sich seit 1998, u.a. bei GegenStrömung, einer Initiative, die für menschenrechtskonformes und umweltfreundliches Handeln deutscher Akteure bei ihren Auslandsaktivitäten eintritt. Die Hintergrundrecherche zu Bürgschaften im Stahlsektor führte die Projektkoordinatorin bei GegenStrömung, Caroline Kim, durch.

Der Dammbruch im Eisenerz-Bergwerk von Vale in Brasilien hat uns alle schockiert und aufgezeigt, wie verheerend Unfälle im Rohstoffbereich sind. Vergibt die deutsche Bundesregierung auch Bürgschaften für Unternehmen, die maßgeblich zum Bau von Bergwerken bzw. Abbau von Rohstoffen (Kokskohle, Eisenerz etc.) beitragen wie z.B. deutsche Maschinenbauer, die auf vielfältige Weise Technik zum Rohstoffabbau bereitstellen?

Generell schließt die Bundesregierung keinen Sektor aus der Außenwirtschaftsförderung aus. Auch für UFK-Garantien ist Eisenerz grundsätzlich förderungswürdig und es erfolgen immer wieder Garantieanfragen für Eisenerzprojekte. Von 1961 bis 2011 gingen 27 Prozent des übernommenen Garantievolumens in Eisenprojekte. Bekannt sind UFK-Garantien und Hermesbürgschaften in Zusammenhang mit einem Eisenerzprojekt in Mauretanien, wo die Errichtung eines neuen Verladeterminals des mauretanischen Eisenerzproduzenten Société Nationale Industrielle et Minière (SNIM) finanziert wurde. Der Großteil der Hermesbürgschaften in diesem Sektor erfolgt wohl für Anlagen, die an neue wie bestehende Stahlwerke geliefert werden. Aber auch für heftig umstrittene Kohleprojekte wurden schon Bürgschaften vergeben, z.B. für die Kohlekraftwerke Medupi und Kusile in Südafrika, die die Erschließung zahlreicher zusätzlicher Minen nach sich ziehen. Die Hermesbürgschaften wurden für die schlüsselfertige Lieferung von Kessel- und Nebenanlagen einschließlich Engineering, Fertigung, Transport, Montage und Inbetriebnahme beantragt. Auch bei der Erschließung der Untertagekohlemine Narrabri in Australien und der Erweiterung des Kotinskaya-Untertagebaus in Russland wurden Lieferungen aus Deutschland mit Hermesbürgschaften abgesichert.

Was sind das für Unternehmen, die in Deutschland Exportkreditbürgschaften in Anspruch nehmen?

Hermesbürgschaften für Airbusse und Schiffe machen jedes Jahr einen großen Anteil der Deckungen aus. Daneben ist der Maschinen- und Anlagenbau einer der stärksten Sektoren. Darunter fallen Ausrüstungen zur Herstellung von Blechen, Stranggießanlagen u.ä., aber auch Maschinen zur Produktion von Textilien, Spanplatten usw. Auch Windkraftanlagen werden häufig mit Hermesbürgschaften abgesichert.

Hat die Bundesregierung auch Bürgschaften für die Förderung des Kokskohleabbaus in Mosambik vergeben?

Nach meinem Kenntnisstand nicht.

1 www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=TAD/ECG%282012%295&doclanguage=en

2 Weiterführende Literatur zum Thema Außenwirtschaftsförderung und konkrete Forderungen zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNLP) siehe unter: www.cora-netz.de/cora/wp-content/uploads/2015/03/CorA-ForumMR_Steckbrief-AWF.pdf

2.3 Verantwortung übernehmen: Wie stehen die 14 großen Stahlhersteller dazu?

42,9 Millionen Tonnen Stahl wurden 2014 in Deutschland produziert. Damit steht Deutschland im europaweiten Vergleich an der Spitze und belegt weltweit Platz 7.[1] Doch wie stehen ThyssenKrupp und Co. zu den Umweltschäden, die sie nicht nur hier, sondern auch in den Abbauländern verursachen? Welche Maßnahmen ergreifen sie, um die Etablierung und den Schutz menschenrechtlicher Standards entlang der gesamten Lieferkette sicherzustellen?

Von Stella Wendlandt

Im August 2015 startete die Christliche Initiative Romero eine bundesweite Umfrage an die 14 größten Stahlhersteller. Wir wollten wissen, welche Anstrengungen die Unternehmen im Hinblick auf ihre ökologischen und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten unternehmen. Ein entscheidender Aspekt war dabei die Offenlegung der Lieferketten. Wie transparent sind die Unternehmen, wenn es um die Beschaffung der Rohstoffe geht? Vor allem bei letzterem Punkt war die Bereitschaft, uns Auskunft zu erteilen, verschwindend gering.

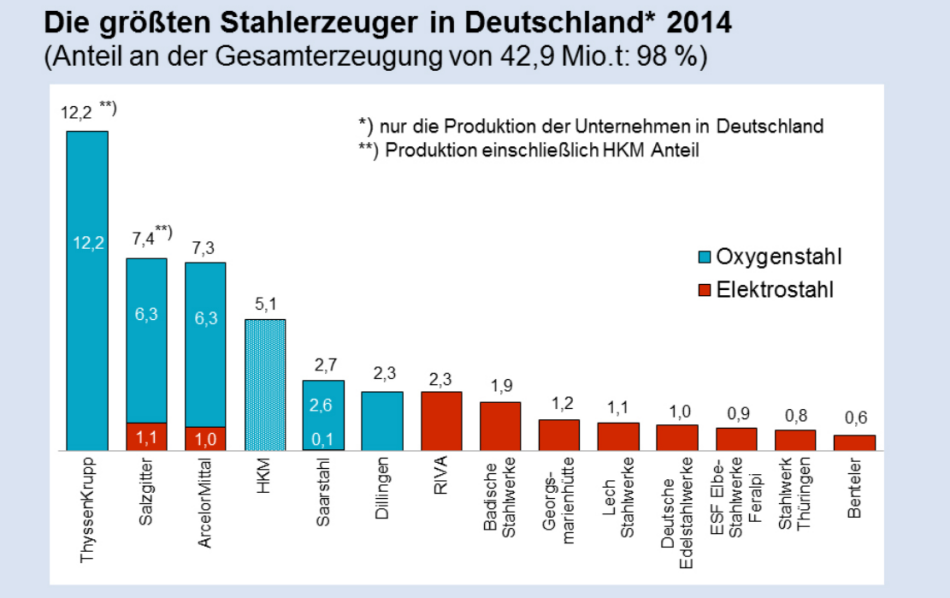
Nur ThyssenKrupp (inkl. HKM), Deutschlands größter Stahlhersteller, hat unseren Fragebogen ausgefüllt zurückgeschickt. Die übrigen zwölf haben entweder ablehnend reagiert oder auf ihre bereits veröffentlichten Corporate Social Responsibility-Initiativen verwiesen. Auch das Argument, das Unternehmen erfülle alle staatlichen Auflagen, hörten wir oft. Doch worum geht es in diesen Initiativen eigentlich? Setzen sich die Unternehmen ernsthaft mit nachhaltigen Inhalten auseinander? Oder sind es bloße Lippenbekenntnisse, die dem grünen Gewissen der Branche gerecht werden und ihr Image aufpolieren sollen?

Hochofen und Elektroofen

Neben der allgemeinen Zusammenfassung unserer Umfrage möchten wir vor allem auf zwei Stahlhersteller eingehen: ThyssenKrupp als größten Stahlhersteller Deutschlands und ArcelorMittal als größten Stahlhersteller weltweit. Beide Konzerne produzieren knapp die Hälfte des in Deutschland hergestellten Stahls. Sie zählen zu den sechs großen Herstellern, die im Hochofen produzieren und damit extreme Umweltschäden anrichten.

Die unten stehende Grafik verdeutlicht: während 34,8 Millionen Tonnen Stahl im Hochofen erzeugt werden, sind es nur 12 Millionen Tonnen, die im Elektroofen entstehen. Dabei ist die Stahlerzeugung im Elektroofen ressourcen- und umweltschonender. Denn hier wird oftmals Stahlschrott recycelt und der Ofen nicht oder nur teilweise mit Kohle beheizt .[2]

1 http://industriemagazin.at/a/die-top-stahlproduzenten?img=27625&af=Widget
2 Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch Elektrolichtbogenöfen teilweise mit Kohle beheizt werden!



Quelle:
Wirtschaftsvereinigung Stahl

ThyssenKrupp und HKM

ThyssenKrupp (TK) hat unseren Fragebogen beantwortet. In Sachen Transparenz ist dies erst einmal positiv zu bewerten. Als einziges Unternehmen hat TK konkrete Länder benannt, aus denen Rohstoffen beschafft werden. Die Angaben des Unternehmens zur Rohstoffbeschaffung gelten genauso für die Hüttenwerke Krupp Mannesmann (HKM), ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture), bestehend aus ThyssenKrupp (50 Prozent), Salzgitter (30 Prozent) und Vallourec Deutschland (20 Prozent).

Die Unternehmen

ThyssenKrupp ist mit 59.000 MitarbeiterInnen in Deutschland und weltweit 160.000 MitarbeiterInnen einer der großen Industriekonzerne Deutschlands. Das Unternehmen ist in sechs Geschäftsbereiche aufgeteilt, darunter auch die Business Areas Steel Europe und Steel Americas mit zusammen rund 31.000 MitarbeiterInnen. Das Essener Unternehmen machte 2014 in der Stahlsparte einen Umsatz von 10,5 Milliarden Euro (rund 25 Prozent des gesamten Konzernumsatzes) und produzierte 2014 insgesamt 16,3 Millionen Tonnen[3] Stahl. HKM beschäftigt rund 3.000 MitarbeiterInnen und stellte 2014 insgesamt 5,1 Millionen Tonnen Stahl her.

Rohstoffbeschaffung

TK und HKM geben an, für die Stahlproduktion **Kokskohle** aus Australien, Kanada, Mosambik und den USA zu beziehen. **Eisenerz** wird aus Brasilien, Kanada, Südafrika und Mauretanien importiert. Außerdem werden Nickel, Chrom, Mangan, Molybdän, Wolfram, Niob, Vanadium und Silizium zur Legierung von Stählen aus 21 Ländern[4] importiert. Im Rahmen der CIR-Befragung machte TK keine Angaben zur Menge der importierten Rohstoffe. Die importierten Mengen sowie deren Verhältnis je nach Land sind damit nicht nachvollziehbar.

Wie in Kapitel 1.3 beschrieben, bezieht TK Kokskohle aus genau den Minen in Mosambik, wo Menschenrechte durch die TK-Zulieferer Vale und Rio Tinto verletzt wurden. Gleiches gilt für die Beschaffung von Eisenerz in Brasilien (Kapitel 1.2). Unsere Recherche ergab außerdem, dass TK Zinn zur Herstellung von Weißblech verarbeitet, ein Mineral, das zu den sog. Konfliktmineralien zählen kann.[5]

Im Fragebogen weist TK darauf hin, dass Rohstoffe über direkte Verträge mit den jeweiligen Bergbaugesellschaften oder Unternehmen beschafft werden. In Anbetracht der kurzen Lieferkette ist also anzunehmen, dass TK eine enge Beziehung zu den Abbauunternehmen pflegt und mit den Codes of Conduct und Unternehmenspraktiken der Zulieferer vertraut ist. Kenntnisse darüber, inwieweit sich diese an die Einhaltung der ökologischen Standards und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten halten, dürfen also ebenfalls vorausgesetzt werden.

Soziale Unternehmensverantwortung

VERHALTENSKODEX

TK verweist in Fragen zur sozialen Unternehmensverantwortung vor allem auf den „Supplier Code of Conduct — Verhaltenskodex für die Zulieferer", der die Anforderungen von TK im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte, den Kampf gegen Korruption und den Umweltschutz an Lieferanten weltweit formuliert.[6] Ergänzend dazu werden die Lieferanten aufgefordert, sich an die im jeweiligen Land und international geltenden Gesetze zu halten sowie sich an den ILO Kernarbeitsnormen und den Prinzipien des United Nations Global Compact zu orientieren.[7]

Im Supplier Code of Conduct (für Zulieferer) werden zwar sowohl arbeitsrechtliche als auch ökologische Aspekte angesprochen, allerdings werden vor allem letztere nur sehr allgemein und unkonkret behandelt. Auch die möglichen negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung, die in den Abbaugebieten der Rohstoffe lebt, werden nicht thematisiert. In Anbetracht der erheblichen Umweltschäden, die durch Minen und Unternehmen in den Abbauländern verursacht werden, fehlt hier ein entscheidender Aspekt im konzerneigenen Regelwerk für den Schutz von Umwelt und Menschenrechten.

Auf seiner Webseite präsentiert der Konzern außerdem einen allgemeinen Code of Conduct, mit dem er sich u.a. den Prinzipien „Einhaltung von Recht und Gesetz", „Menschen- und Arbeitnehmerrechte", „Arbeits- und Gesundheitsschutz" oder „Nachhaltigem Umwelt- und Klimaschutz" verschreibt. In der Antwort auf unsere Fragen gibt TK an, ein zusätzliches „Conflict Mineral Statement" verabschiedet zu haben. Dieses Statement ist eine Absichtserklärung zur Vermeidung des Einkaufs von Konfliktmineralien, „welche direkt oder indirekt bewaffnete Gruppen in der DRK oder den angrenzenden Staaten finanzieren oder begünstigen." Obwohl TK nicht der SEC-Börsenaufsicht untersteht und damit nicht an den Dodd Frank Act gebunden ist, strebt das Unternehmen an, seine direkten und indirekten Kunden bei ihren Berichtspflichten „angemessen" zu unterstützen. Als Orientierung dient TK u.a. die OECD Leitlinie für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht. Die direkten

3 de.statista.com/statistik/daten/studie/180811/umfrage/die-groessten-stahlproduzenten-weltweit-nach-produzierter-menge

4 Importiert werden Nickel aus Kanada, Finnland und Australien; Chrom aus China, Kasachstan, Türkei und Schweden; Mangan aus Südafrika, Brasilien, Gabun, Venezuela, Kasachstan, Sambia und der Türkei; Molybdän aus den USA, Belgien, Chile, Armenien und China; Wolfram aus China; Niob aus Kanada und Brasilien; Vanadium aus Österreich und Russland sowie Silizium aus Brasilien, Polen, Venezuela, Südafrika, Norwegen und Spanien.

5 Im weiteren Gespräch mit TK teilte uns das Unternehmen mit, es beziehe Zinn aus Südamerika und Thailand, welches aus konfliktfreien zertifizierten Minen gemäß der Richtlinien der EICC (Electronic Industry Citizenship Coalition) stamme. Allerdings wird durch diese Aussage die mögliche Konflikthaftigkeit der Minerale nicht widerlegt, da der EICC-Standard nicht mit umfassenden Sorgfaltspflichten gleichzusetzen ist.

6 www.thyssenkrupp.com/de/konzern/supplier_coc.html

7 www.thyssenkrupp.com/de/konzern/supplier_coc.html

Lieferanten werden kontaktiert, um die Transparenz der gelieferten Produkte zu erhöhen.

UMSETZUNG DER SELBSTVERPFLICHTUNGEN UND KODIZES

Neulieferanten müssen die Einhaltung des Supplier-CoC per Unterschrift bestätigen. In Einzelfällen soll in sog. Self Assessments (von den Lieferanten eigens durchgeführte Selbsteinschätzungen) die Einhaltung der Auflagen überprüft werden. Eine Selbsteinschätzung des zu prüfenden Unternehmens ist jedoch kritisch zu bewerten, da die gemachten Angaben nicht verifizierbar sind.

TK erwähnt außerdem die Möglichkeit von zusätzlichen Audits, die selbst in Auftrag gegeben werden. Basierend auf einer Risikoanalyse wird bei Lieferanten mit erhöhtem Risiko ein „Nachhaltigkeitsaudit" (Workplace Condition Audit) durchgeführt. Als Auditfirma wird die Firma Intertek, ein externer Dienstleister, genannt. Nach Angaben von TK lautet das Ziel, jährlich mindestens 100 Nachhaltigkeitsaudits durchzuführen. Laut Geschäftsbericht wurden in 2014/2015 135 Audits konzernweit durchgeführt. Inwieweit die Stahlsparte davon betroffen ist, ist jedoch nicht ersichtlich.[8]

Auch gibt TK an, dass man sich vorbehalte, die Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten zu kündigen, die keine Maßnahmen zur Bekämpfung von Missständen ergreifen und dass dies auch schon geschehen sei. Das Unternehmen gibt an, bei Verstößen des CoC Verbesserungen anzustoßen. Allerdings sollte die Verantwortung zur Verbesserung von Bedingungen nicht allein auf die Zulieferer übertragen werden, sondern auch das Unternehmen selbst ist in der Verantwortung aktiv zu Verbesserungen beizutragen. Eine Kündigung sollte TK daher nur nach angemessener Unterstützung des Zulieferers bei der Behebung von Missständen aussprechen.

Fazit

Auch wenn sich das Unternehmen rhetorisch für den Schutz von Umwelt und Menschenrechten einsetzt, sind die beschriebenen Anforderungen an die Zulieferfirmen teilweise sehr vage formuliert und somit schwer verifizierbar. Ob eine Selbsteinschätzung oder eine Unterschrift des Zulieferers als Bestätigung des Verhaltenskodex ausreicht, darf bezweifelt werden.

Auch die möglichen Audits und die mögliche Kündigung der Geschäftsbeziehung bei Nichterfüllung des Supplier-CoC schaffen Spielraum statt fester Regeln. Die beschriebenen Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht sind nicht konkret und die beschriebenen Inhalte im Supplier-CoC nicht ausreichend. Neben der Konfliktmineralien-Problematik müssen auch andere menschenrechtliche Aspekte in den Blick genommen werden.

In Bezug auf Konfliktmineralien gibt TK laut eigener Homepage an, „angemessene Prozesse" zu implementieren, „um zu verstehen, wo in unseren Produkten „Konfliktmineralien" enthalten sind sowie um die Quelle und Herkunft in unserer Lieferkette zu bestimmen". **Es stellt sich jedoch die Frage, was TK mit „angemessenen Prozessen" meint.**

Die unabhängige Recherche der Organisation DanWatch zum Kokskohleabbau in Mosambik offenbart, dass TK dort nicht sicherstellen konnte, dass der Rohstoff aus Minen kommt, in denen die Einhaltung von internationalen Normen zum Schutz und Achtung der Menschenrechte für die BewohnerInnen vor Ort garantiert ist.

Wie stellt TK also sicher, dass verwendete Rohstoffe aus konfliktfreien Minen stammen? Auch wenn der Konzern in unserer Umfrage Angaben zu den Herkunftsländern seiner Rohstoffe macht, beantwortet das Unternehmen nicht, aus welchen Minen diese letzten Endes stammen.

ArcelorMittal

ArcelorMittal (AM) hat unseren Fragebogen nicht ausgefüllt, sondern auf verschiedene Quellen auf der eigenen Homepage verwiesen, wo unsere Fragen beantwortet würden. Dort fanden wir allerdings keine detaillierten Angaben über Zulieferer oder Art und Menge der verwendeten Rohstoffe. Auch die Länder, aus denen die Rohstoffe stammen, werden nicht genannt. Die eingehende Untersuchung der deutsch- und englischsprachigen Webseiten lieferte allerdings weiterführende Informationen zu anderen relevanten Themen.

Das Unternehmen

ArcelorMittal ist mit einem Jahresumsatz von über 5,5 Milliarden Euro und 7 Millionen Tonnen produziertem Stahl das drittgrößte Stahlunternehmen Deutschlands mit rund 9.300 MitarbeiterInnen. Als weltweit größtes Stahlunternehmen machte AM 2014 weltweit einen Umsatz von 70 Milliarden Euro mit einer Rohstahlproduktion von 93,1 Millionen Tonnen.

Soziale Unternehmensverantwortung

Auf der internationalen Homepage berichtet AM umfassend über seine CSR-Maßnahmen. Auch das Thema verantwortungsvolle Beschaffung wird berücksichtigt. Dem Thema Lieferketten wird im Sustainability Report-Dokument sogar ein eigenes Unterkapitel gewidmet. Hier schreibt das Unternehmen: „Wir sind davon überzeugt, dass unsere Zulieferer unsere eigenen hohen Standards

8 www.thyssenkrupp.com/documents/investor/Finanzberichte/ger/thyssenkrupp_2014_2015_GB.pdf

erfüllen, denn wir wissen, dass wir unsere Lieferketten verantwortungsvoll verwalten und dass das auch von unseren Kunden und Stakeholdern so erwartet wird."[9] Als Weg zu diesem Ziel benennt das Unternehmen die Überprüfung der Beschaffungspraktiken „als Teil des neuen nachhaltigen Entwicklungsrahmens". Was genau darunter zu verstehen ist, bleibt offen. Es wird nicht deutlich, welche Kriterien das Unternehmen eigentlich überprüft und es fehlt ein öffentlich zugänglicher Verhaltenskodex.

Bisher beschafft AM seine Rohstoffe über Zulieferer, die von dem Unternehmen selbst kontrolliert werden. In ihrem Vorgehen orientiert sich die AM an den OECD-Leitsätzen für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten. Demnach soll das Unternehmen im ersten von insgesamt fünf Schritten u.a. ein internes Managementsystem zugunsten der Erfüllung der Sorgfaltspflicht installieren.

Ein sog. Conflict Minerals Team (deutsch: Konfliktmineralien-Team) prüft intern nach eigenen Angaben des Unternehmens die Zulieferer von Zinn und Wolfram. Die Konfliktmineralien Gold und Tantal verwendet das Unternehmen nach eigenen Angaben nicht. Die Überprüfung erfolgt mit Hilfe sog. standardisierter Conflict Mineral Reporting Templates (CMRT; deutsch: Konfliktmineralien-Berichtsformular), einem Instrument, das von der Conflict-Free Sourcing Initiative (deutsch: Initiative konfliktfreie Beschaffung) entwickelt wurde.

Die CMRT sollen den Informationsaustausch in der gesamten Lieferkette von der Mine bis zum verarbeitenden Unternehmen erleichtern und somit die Transparenz und Kontrolle über die Herkunft von Konfliktmineralien und deren Weiterverarbeitung sicherstellen.[10]

Eine direkte Überprüfung der einzelnen Stationen in der Lieferkette durch AM betrifft jedoch nur die letzten Zulieferer. Sie sollen Angaben über die Schmelzen/Raffinerien machen, aus denen sie die Rohstoffe beziehen. Die Angaben gleicht das Unternehmen mit einer Liste von als konfliktfrei zertifizierten Schmelzen und Raffinerien ab. Ist eine angegebene Schmelze/ Raffinerie nicht in der Liste geführt, wird der geografische Standort ermittelt, um zu prüfen, ob sie sich in einer Konfliktregion befindet.

Die Orientierung an den OECD-Leitsätzen ist auf jeden Fall als positiv zu bewerten. AM ist auf dem richtigen Weg, dennoch wird durch die nur punktuelle Überprüfung der Zulieferer nicht die komplette Lieferkette abgedeckt.

MANGELNDE TRANSPARENZ

Auf den Webseiten der AM sucht man vergeblich nach konkreten Angaben zu Lieferanten, Abbauländern und Rohstoffquellen. Interessant ist in diesem Zusammenhang: Das Unternehmen verweist stolz darauf, dass es in einer Studie von Transparency International den vierten Platz der transparentesten Unternehmen weltweit eingenommen hat. In der Studie von 2014 fällt das Unternehmen allerdings auf Platz 6. Die immer noch gute Punktzahl wurde hier vor allem durch die Antikorruptionsprogramme und die organisationsinterne Transparenz erreicht. Über Zulieferer und Herkunftsländer macht das Unternehmen keinerlei Angaben. Von Transparenz kann hier also keine Rede sein. Das gilt auch für die Ablehnung, an der CIR-Umfrage teilzunehmen.

Fazit

Eine prominente Platzierung der CSR-Initiativen auf der konzerneigenen Homepage lässt ein Bewusstsein für die Problematik des Rohstoffabbaus in Bezug auf die Sorgfaltspflichten des Unternehmens vermuten. AM unternimmt konkrete Schritte zur Überprüfung seiner Lieferkette und orientiert sich dabei an den OECD-Leitsätzen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht in Konflikt- und Hochrisikogebieten.

Allerdings ist die direkte Kontrolle und Überprüfung auf die Zulieferer begrenzt, alle weiteren Informationen erlangt das Unternehmen mit Hilfe der Conflict Mineral Reporting Templates. Außerdem stützt sich das Unternehmen bislang nur auf interne Überprüfungsmechanismen. Eine unabhängige Prüfung und Verifizierung der gemachten Angaben wäre wünschenswert.

Des Weiteren vermisst man auch bei diesem Unternehmen konkrete Angaben zu den einzelnen Stationen in der Lieferkette, auch wenn das Unternehmen behauptet, diese überblicken und überprüfen zu können. Vor allem der Begriff der „Transparenz", den sich das Unternehmen auf die Fahnen schreibt, muss umfassender formuliert werden — mit dem Ziel, die vollständige Lieferkette der Rohstoffe abzubilden.

Zusammenfassung der Unternehmensbefragung

Im August 2015 hat die CIR die 14 größten Stahlerzeuger in Deutschland zu ihrem Engagement im Hinblick auf die Einhaltung grundlegender Menschen- und Arbeitsrechte bei der Herstellung von Stahl befragt. Wichtig war uns, ob sich die Unternehmen mit dem Thema der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und ökologischen Standards

9 Original in Englisch: "We are confident that our suppliers live up to our own high standards because we know we manage our supply chain responsibly, and are trusted to do so by our customers and stakeholders." (S. 84) http://corporate.arcelormittal.com/sustainability/2014-report

10 „ArcelorMittal uses the Conflict Minerals Reporting Template [...] to facilitate the transfer of information throughout its supply chain and guarantee control and transparency over the conflict minerals country of origin and the smelter(s) or refiner(s) involved." http://corporate.arcelormittal.com/~/media/Files/A/ArcelorMittal/sdr-2015/conflict-minerals-5-step-process.PDF

entlang der gesamten Lieferkette auseinandersetzen. Und wenn ja: Welche Schritte unternehmen sie, um diesen Prozess transparent und nachhaltig zu gestalten?

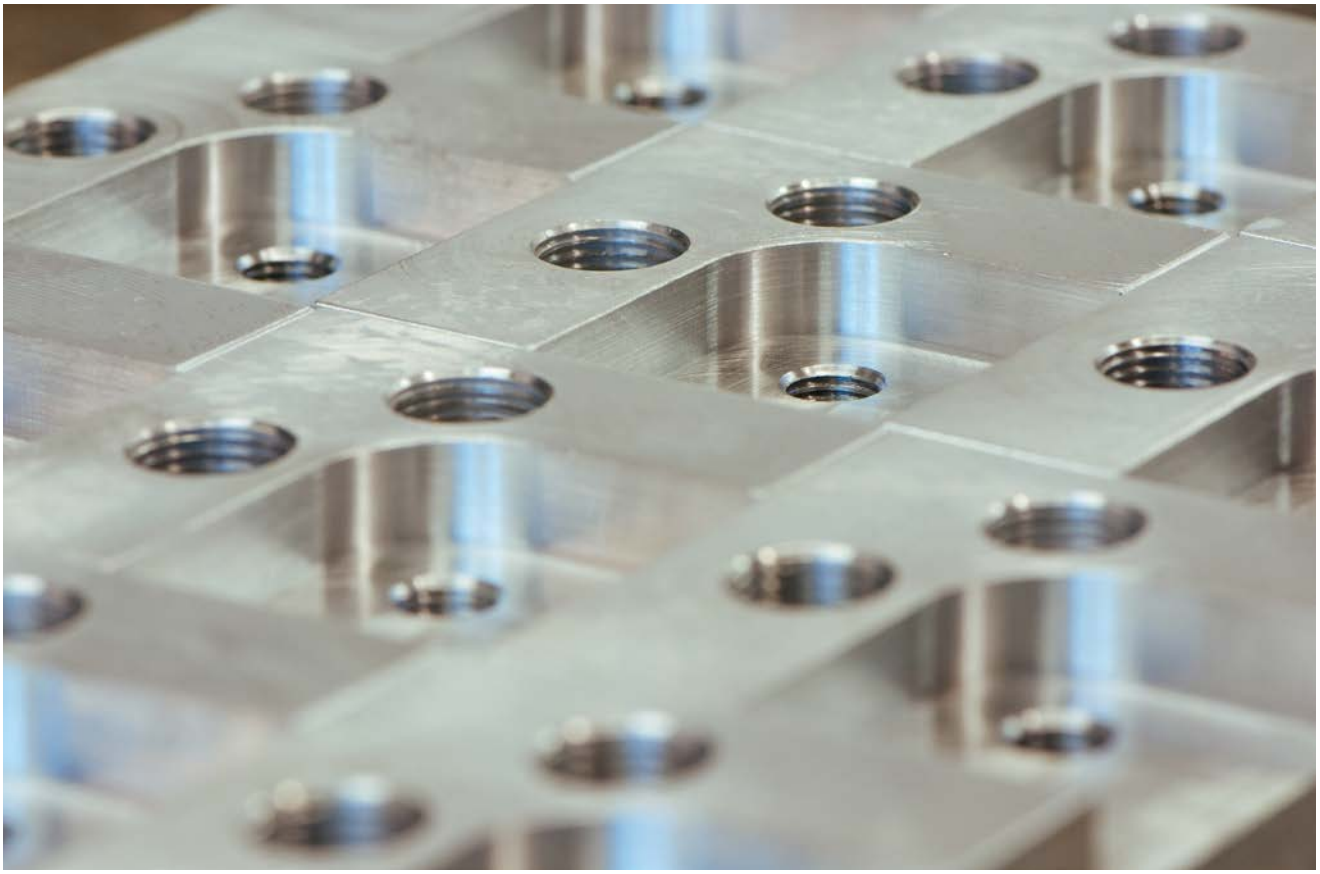
Wie eingangs erwähnt waren die Rückmeldungen verhalten. Nur ThyssenKrupp inklusive HKM hat sich bereit erklärt, unseren Fragebogen auszufüllen. Die anderen Unternehmen lehnten das ab. Sie begründeten dies meist mit Zeit- und/ oder Kapazitätsmangel und brachten damit auch mangelndes Interesse für ein wichtiges Thema zum Ausdruck.

Das Argument, das Unternehmen arbeite nicht mit Konfliktmineralien und müsse sich somit nicht an unserer Umfrage beteiligen, hörten wir öfter. Gemeint war damit, dass man keine Rohstoffe aus dem Kongo oder angrenzenden Ländern bezieht. Dies wiederum zeugt von einem veralteten Verständnis von Konfliktmineralien. Das gilt auch für die Aussage, man orientiere sich an den staatlichen Auflagen.

Wovon zeugen diese Aussagen? Zum einen sehen sich die Unternehmen nur teilweise in der Verantwortung für die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten. Meist hört sie für ein Unternehmen dort auf, wo es keine staatlichen Verpflichtungen zur Regulierung und Kontrolle mehr gibt — sprich: bei den Lieferketten.

Auch wird der Begriff "Konfliktmineralien" von einigen Unternehmen sehr eingeschränkt definiert. Es ist eben nicht nur der Abbau von Wolfram, Gold, Zinn oder Tantal aus dem Kongo und seinen Nachbarländern, der Konflikte begünstigt. Auch in anderen Teilen der Welt kann der Abbau von Rohstoffen bewaffnete Konflikte anheizen und finanzieren. Abgesehen von der Konfliktfinanzierung durch den Rohstoffhandel begehen transnationale Bergbaukonzerne auch unmittelbar Menschenrechtsverletzungen. Deutlich sichtbar wird dies im Zusammenhang mit den Zwangsumsiedlungen der Menschen in Cateme und Mualadzi (Mosambik) oder am Beispiel der furchtbaren Umweltkatastrophe in Mariana, Brasilien (siehe Kapitel 1). Die Stahlunternehmen sollten auch diesen Risiken Rechnung tragen.

Und schließlich sind es nicht nur die Kohle und das Eisenerz, die wir bei der Stahlproduktion in den Blick nehmen müssen. Auch die Herkunft solcher Rohstoffe, die für die Legierung der Stähle verwendet werden, ist von Bedeutung. Bei einer 12-prozentigen Nickellegierung z.B. ist ihr Anteil bei der Produktion beträchtlich.



Nachbohren in Punkto Arbeits- und Menschenrechtsfragen förderte bei den meisten Stahlherstellern nur Dürftiges zutage.

Anhang: Überblick zu den Antworten der 14 Stahlhersteller auf den CIR-Fragebogen

Unternehmen	Antwort auf Fragebogen	Begründung (bei Absage)	Veröffentlichte Sorgfaltspflichten im CSR-Konzept?
ThyssenKrupp (+HKM)	Fragebogen beantwortet		teilweise: Überprüfung der Lieferanten
Salzgitter	schriftliche Absage, Verweis auf CSR-Seiten im Internet	zu geringe personelle Kapazitäten	nein
ArcelorMittal	schriftliche Absage, Verweis auf CSR-Seiten im Internet	im Internet würden alle Fragen aus dem Fragebogen aufgegriffen	teilweise: Überprüfung der Lieferanten
Saarstahl	telefonische Absage		nein
Dillingen	nach mehrmaligem Nachfragen keine Rückmeldung		nein
RIVA	telefonische Absage	nehmen grundsätzlich nicht an Umfragen teil	nein
Badische Stahlwerke	nach mehrmaligem Nachfragen keine Rückmeldung	tendenziell keine Teilnahme, man halte sich an gesetzliche Vorschriften	teilweise: bei der Lieferantenwahl ist der Umweltschutz ein wichtiges Kriterium
Georgsmarienhütte	telefonische Absage	sind Stahlrecycler und passen daher nicht in das Raster des Fragebogens	nein
Lech Stahlwerke	schriftliche Absage		nein
Deutsche Edelstahlwerke	schriftliche Absage	die Thematik würde zum Zeitpunkt der Befragung auch mit den Industrieverbänden verhandelt, man wolle einer gemeinsamen Positionierung nicht vorgreifen	nein
ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi	schriftliche und mündliche Absage, Verweis auf Publikationen	keine Zeit und kein Zugriff auf Informationen	teilweise: bei Lieferanten wird auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards geachtet
Stahlwerk Thüringen	schriftliche Absage, Verweis auf Unternehmensbroschüre zu Menschenrechten und Umwelt	importieren keine 3TG und verwenden keine Kohle oder Eisenerz, da Elektrostahlwerk	nein
Benteler	schriftliche Absage		nein

KAPITEL 3

DIE ZUKUNFT DES STAHLS – EIN AUSBLICK

3.1 Forderungen an die Stahlindustrie und die Politik

In den vorangegangen Kapiteln werden die Problemfelder sichtbar, bei denen für die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und ökologischer Standards dringender Handlungsbedarf besteht. Handeln müssen sowohl die Stahlunternehmen als auch die Bundesregierung, um eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen zu erreichen.

Von Anna Backmann und Michael Reckordt

Die CIR fordert, dass die Stahlunternehmen und die Bundesregierung aktiv werden und ihrer Verantwortung nachkommen. Die notwendigen Instrumente und Leitlinien, aus denen sich die menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten ableiten lassen, stehen den Unternehmen bereits ausreichend zur Verfügung.

▷ Verringerung des allgemeinen Rohstoffverbrauchs!

Grundsätzlich muss die Verringerung des allgemeinen Rohstoffverbrauchs in Deutschland, Europa und der Welt ein vorrangiges Ziel sein. Das gilt sowohl für die Bundesregierung als auch für die Stahlunternehmen selbst. Durch eine sinkende Rohstoffnachfrage lässt sich auch der Abbau von Ressourcen reduzieren. Die richtigen Mittel, um das zu erreichen, sind der effizientere Einsatz von Ressourcen, die Abkehr von der sog. Wegwerfmentalität und die Wiederverwertung „alter" Ressourcen (Recycling).

Nach Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe wurden 2014 bei der Rohstahlproduktion 44,8 Prozent Sekundärmaterial eingesetzt (= 19,1 Millionen Tonnen Schrott). Im Vergleich zum Vorjahr waren es 1,6 Prozent weniger, während im gleichen Jahr (2014) die Produktion von Rohstahl in Deutschland um 0,7 Prozent auf 42,9 Prozent stieg und der Verbrauch von Stahlerzeugnissen mit 39,2 Millionen Tonnen 3,5 Prozent über dem Vorjahresniveau lag.[1]

Dass sich die Recyclingquote verringert hat, ist äußerst kritisch zu bewerten! Vor allem, wenn man bedenkt, dass heutzutage eine Quote von über 90 Prozent qualitätsverlustfrei erreicht werden kann: Das Potenzial von Stahlrecycling ist riesig. Der EU-weite Durchschnitt liegt derzeit bei 56 Prozent.[2] Weltweit liegt die Quote bei 38 Prozent.[3]

„Schrotthändler sind heute moderne Industriebetriebe, die einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten", sagt Jürgen Karle, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen. Dass Deutschland als einer der führenden Stahlhersteller sein Potenzial nicht vollständig ausschöpft, ist äußerst bedauerlich, da es einen noch größeren Beitrag leisten könnte.

1 www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/Rohsit-2014.pdf;jsessionid=FCD1E0376A3B3304E72685DC8A7A45BA.1_cid284?__blob=publicationFile&v=3
2 www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/co2-ausstoss-stahlbranche-forscht-fuers-klima/3269524.html
3 www.welt.de/sonderthemen/stahl-report/article120702691/Schrott-ist-die-Basis-fuer-neue-Hightech-Produkte.html

Gleichzeitig steigt die prognostizierte Nachfrage nach Stahl weltweit.[4] Es ist daher umso wichtiger, Stahl langfristig vollständig zu recyceln und den Bedarf gleichzeitig zu reduzieren. Dann kann auch der Abbau von Rohstoffen auf ein Minimum verringert werden.

Auf diese Weise kann auch der Emissionsausstoß bei der Stahlproduktion deutlich reduziert werden: Jährlich werden in Deutschland wie eingangs erwähnt knapp 20 Millionen Stahlschrott recycelt und dabei knapp 20 Millionen Tonnen CO_2 eingespart. Setzt man eine Tonne Stahlschrott ein anstatt neuen Stahl zu produzieren, können laut Wolfgang Kämper, Geschäftsführer des Duisburger Schrottinselbetreibers TSR Recycling, 1,5 Tonnen Eisenerz, 650 Kilogramm Kohle und eine Tonne CO_2 eingespart werden.[5, 6]

▷ Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und ökologischer Standards durch Bund und Unternehmen!

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte halten Unternehmen dazu an, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang ihrer Lieferkette einzuhalten. Da diese aber rechtlich nicht bindend sind, glauben viele Stahlproduzenten offenbar, dass sie nicht an menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und Verantwortung gebunden sind. Diesen nachzukommen ist aber ihre Pflicht! Gleichzeitig ist es Aufgabe der Bundesregierung, diese Pflicht in verbindlich geltende Rahmenbedingungen zu übersetzen, um einen Mechanismus der Haftung für Unternehmen in Deutschland zu schaffen, die gegen die Einhaltung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verstoßen.

Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte haben Staaten die Pflicht, die Menschenrechte zu schützen und Unternehmen haben die Pflicht, sie zu respektieren. Dazu zählt das Recht sich zu ernähren, auf Wasser und hinreichende Unterkunft wie es im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und im Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert ist.

Aus dem von Danwatch zur Verfügung gestellten Umsiedlungs-Maßnahmenplan in Mosambik ist ersichtlich, dass die Landesregierung und die Bergbauunternehmen Gemeinden umgesiedelt haben, obwohl sie von der mangelnden Wasserversorgung in den neuen Gebieten wussten. ABER: Laut UN Menschenrechtskonvention, die von Mosambik unterzeichnet wurde, sind in Mosambik tätige Unternehmen verpflichtet, den „Zugang zu angemessenen Nahrungsmitteln oder die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Qualität von sauberem Wasser nicht negativ zu beeinträchtigen."

Nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen müssen Verantwortung für die Wahrung von Menschenrechten entlang der gesamten Lieferketten übernehmen. Es wurden bereits wichtige Schritte in diese Richtung seitens der Unternehmen unternommen, z.B. durch das Einführen von Management- und Monitoringsystemen oder Unternehmensrichtlinien.

Angesichts der Zerstörung, die der Bergbau rund um den Globus verursacht, wird aber deutlich, dass weitere Schritte zu mehr gesetzlicher Verbindlichkeit und Vollständigkeit durch politische EntscheidungsträgerInnen unternommen werden müssen. Sowohl die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als auch die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen betonen eine Verantwortung der Unternehmen für die Auswirkungen ihrer ökonomischen Tätigkeiten. Von Konzernen, die im Bergbau tätig sind — ob Erkundung, Abbau, Handel oder Finanzierung — und von der verarbeitenden Industrie wird verlangt, dass sie eine stärkere Verantwortung für ihre eigenen Aktivitäten und ihre Lieferketten wahrnehmen.

Diese sog. gebotene Sorgfaltspflicht beinhaltet laut UN-Leitprinzipien, dass Unternehmen ein Verfahren entwickeln, um mit Blick auf ihre eigenen Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette „die Auswirkungen auf die Menschenrechte zu ermitteln, zu verhüten und zu mildern sowie Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie diesen begegnen." (UN-Leitprinzipien, Prinzip 15). Für den Bezug von Rohstoffen aus Konfliktgebieten fordert die OECD von Unternehmen die Implementierung eines mehrstufigen Systems, um Risiken in der Lieferkette zu identifizieren und ihnen wirksam zu begegnen.[7]

▷ Verbindliche Regeln statt Freiwilligkeit!

Sowohl die UN-Leitprinzipien als auch die Leitlinien der OECD scheitern an einem zentralen Punkt: sie sind freiwillig und nicht rechtlich bindend. Die Praxis zeigt leider immer wieder, dass freiwillige Initiativen und stichprobenhafte Kontrollen nicht ausreichen, um Menschenrechtsverletzungen auszuschließen. Im Rohstoffsektor gibt es trotz vieler negativer Erfahrungen auf allen Kontinenten immer

4 http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164899/umfrage/prognose-zur-stahlnachfrage-weltweit/
5 www.stahl-online.de/index.php/themen/energie-und-umwelt/recycling
6 www.welt.de/sonderthemen/stahl-report/article120702691/Schrott-ist-die-Basis-fuer-neue-Hightech-Produkte.html

7 www.alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/Fuer_eine_umfassende_EU-Initiative.pdf; www.oecd.org/daf/inv/mne/GuidanceEdition2.pdf

noch keine verbindliche Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Einhaltung von Menschenrechten. Mit einer Ausnahme: In den USA müssen an der Börse notierte Konzerne seit diesem Jahr erstmals verpflichtend berichten, ob sie sog. Konfliktrohstoffe (nach US-Definition: Gold, Tantal, Wolfram und Zinn) verwenden und welche Maßnahmen sie unternehmen, um die gebotene Sorgfaltspflicht entlang ihrer Lieferkette umzusetzen.

Dieses Gesetz (Dodd Frank Act, siehe Kapitel 1.4 und 2.1) ist zwar auf Rohstoffe aus der Demokratischen Republik Kongo und den neun Nachbarländern begrenzt, aber durch die Einbindung der Lieferketten sind auch Unternehmen aus Deutschland, China etc. betroffen. Der Dodd Frank Act hat bewirkt, dass einige Unternehmen aus der Elektronikindustrie nun versuchen, einen Imagewandel zu vollziehen. Innerhalb kürzester Zeit konnte Apple nachweisen, dass ein Großteil seiner Schmelzen in der Zulieferkette als konfliktfrei zertifiziert sind. Die Zielmarke von 100 Prozent konfliktfrei soll in Kürze erreicht werden. Auch das niederländische Unternehmen Philips ist im Kongo aktiv und unterstützt die konfliktfreie Beschaffung der vier im Dodd Frank Act genannten Rohstoffe. Alle genannten Unternehmen berichten auf ihren Webseiten ausführlich über ihre Bemühungen.

Dies alles sind erste Schritte, die weiter von politischen Maßnahmen flankiert werden müssen. Fest steht aber: von solcher Transparenz und Kontrolle über die Lieferketten sind viele deutsche Unternehmen noch weit entfernt. Keines der großen deutschen Unternehmen aus der Automobil- oder Elektronikindustrie hat sich bisher öffentlich in ähnlichem Umfang zu verbindlichen Verpflichtungen für Transparenz und Sorgfalt bekannt, obwohl sie stärker im Fokus der Öffentlichkeit stehen als Stahlproduzenten. Im Gegenteil: Einige Unternehmen versuchen mit Hilfe ihres Interessenverbandes BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) eine dem Dodd Frank ähnlich verbindliche Regulierung auf EU-Ebene zu verhindern.

Mit den folgenden konkreten Forderungen an deutsche Stahlunternehmen und die Bundesregierung schließen wir uns den Forderungen des Arbeitskreises Rohstoffe sowie CorA Netzwerk für Unternehmensverantwortung an.[8, 9]

WIR FORDERN
von den deutschen Stahlproduzenten

FÜR BRASILIEN UND MOSAMBIK:

- **Bekennen Sie sich öffentlich zu den Lieferungen aus den Minen in Mosambik und Brasilien und ergreifen Sie Maßnahmen, um die Rechte der betroffenen Gemeinden zu stärken!**
- **Treten Sie mit den Betreibern der betroffenen Minen in den Dialog, um die in den Fallstudien dieser Publikation aufgezeigten Herausforderungen aktiv anzugehen, nämlich: Entschädigung der umgesiedelten Bevölkerung, Errichtung einer geeigneten Infrastruktur, Partizipation der Gemeinden bei Entscheidungen und Bewältigung der Umweltkatastrophen! Im mindesten Falle muss eine Nachverfolgung der Situation in den Minen in Brasilien und Mosambik durchgeführt und dringende Mängel beseitigt werden.**
- **Richten Sie gemeinsam mit anderen Importeuren und den Minenbetreibern einen Entschädigungsfond für die Mine in Brasilien ein, um die Menschen, die ihre Existenzgrundlage verloren haben, zu unterstützen!**

GRUNDSÄTZLICH FÜR DIE ZUKUNFT:

- **Setzen Sie sich für eine verbindliche und absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs in Deutschland ein.**
- **Setzen Sie sich für ein funktionierendes Recycling-System ein, das auch von den Unternehmen die Erreichung von höheren Recyclingquoten fordert.**
- **Erweitern Sie Ihre Verhaltenskodizes inhaltlich in Bezug auf die Rechte der von den Bergbautätigkeiten betroffenen Bevölkerung (informierte und unabhängige Konsultation, Partizipation, Leben frei von Gewalt, Recht auf Protest, Erhaltung der Lebensgrundlagen, angemessene Entschädigung, ILO-Kernarbeitsnormen) und kontrollieren Sie, ob die Minenbetreiber selbst Rechtsverletzungen begehen!**
- **Schließen Sie langfristige Direktverträge mit den Minenbetreibern und richten Sie ein Due Diligence System ein (gebührende Sorgfaltspflichten und Verifizierung der Ziele), das nicht nur Konfliktfinanzierung, sondern auch Rechtsverletzungen durch Bergbaukonzerne beinhaltet!**

8 www.alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/forderungspapier_web-1110-2013.pdf; alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2015/07/verantwortung-entlang-der-lieferkette_web-version.pdf
9 www.ci-romero.de/fileadmin/media/informieren-laender/Rohstoffe/Steckbrief-AWF.pdf

- Setzen Sie sich dafür ein, dass auch Unternehmen, die weitere Rohstoffe nutzen, deren Abbau oder Handel zu schweren Menschenrechtsverletzungen führt, ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen.

- Führen Sie unabhängige und externe Kontrollen durch, um die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und ökologischer Standards bei Ihren Zulieferunternehmen zu gewährleisten!

- Stellen Sie die Verifizierung und Begleitung Ihrer CSR-Anstrengungen von unabhängiger und glaubwürdiger Seite sicher! Treten Sie dazu gemeinsam mit NROs, Gewerkschaften und ggf. staatlichen Stellen in einen Prozess, um unabhängige Multi-Stakeholderinitiativen zu initiieren!

- Setzen Sie sich für die Entschädigung von Unfällen, Vergehen oder Umsiedlungen im Abbauland ein (Entschädigungsfonds).

WIR FORDERN
von der Bundesregierung

ZUR KONFLIKTMINERALIEN-VERORDNUNG:

- Setzen Sie sich für eine EU-Verordnung zu Konfliktmineralien ein, die alle in der EU tätigen Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbindlich zur gebotenen Sorgfalt mit Blick auf Konflikte und Menschenrechtsverletzungen verpflichtet! Die OECD-Leitlinie und die UN-Leitprinzipien sollten dafür als Grundlage dienen. Durch eine verbindliche Verpflichtung der Industrieunternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette zur gebotenen Sorgfaltspflicht können in Zukunft Menschenrechtsverletzungen frühzeitig erkannt und verhindert werden. Die Politik muss diese Rahmenbedingungen setzen und die Industrie zum Handeln zwingen!

- Stellen Sie sicher, dass im Gegensatz zum Dodd Frank Act die Sorgfaltspflicht nicht auf eine einzelne Region und bestimmte Rohstoffe beschränkt ist, sondern global und für alle metallischen und mineralischen Rohstoffe gilt!

- Stellen Sie sicher, dass eine zukünftige EU-Regulierung zum Umgang mit Konfliktrohstoffen eingebunden ist in ein Maßnahmenbündel zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Friedenssicherung und zur Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Situation der lokalen Bevölkerungen! Jegliche staatliche Unterstützung (z.B. Außenwirtschaftsförderung) sollte von der strikten Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfalt abhängig sein, die von allen Beteiligten transparent offengelegt werden muss.

- Entscheiden Sie nicht einseitig im Interesse der Industrie (siehe deutsche Rohstoffstrategie)! Integrieren Sie stattdessen auf nationaler und lokaler Ebene neben den zuständigen Regierungsstellen auch zivilgesellschaftliche VertreterInnen sowie VertreterInnen aus dem artisanalen Bergbausektor schon frühzeitig bei der Umsetzung einer Regulierung!

ZU DEN UN-LEITPRINZIPIEN:

- Kommen Sie Ihrer Pflicht zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt nach! Übersetzen Sie bestehende Leit- und Richtlinien in verbindlich geltende nationale Gesetze! Schaffen Sie mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ein verbindliches Instrument für die Haftbarkeit von Unternehmen, die dagegen verstoßen.

GRUNDSÄTZLICH FÜR DIE ZUKUNFT:

- Führen Sie für die Außenwirtschaftsförderung gesetzlich geregelte Prüf- und Vergabekriterien ein, die eine umfassende menschenrechtliche Sorgfaltspflicht zur Bedingung für die Förderung machen!

- Setzen Sie sich aktiv für die Einrichtung einer Multi-Stakeholder-Initiative in der Stahlbranche ein!

- Überarbeitung der neuen deutschen Rohstoffstrategie auf Basis einer breiten Konsultation, die auch Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften gleichberechtigt einbezieht. Startpunkt könnte ein gesellschaftlich breit angelegter Rohstoffkongress der Bundesregierung sein; bei der Erarbeitung und Umsetzung einer neuen deutschen Rohstoffstrategie darf die Bundesregierung der deutschen Industrie (z.B. Bundesverband der Deutschen Industrie) weder institutionell noch inoffiziell einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungen gewähren. Stattdessen müssen bei der Weiterentwicklung und Umsetzung transparente Strukturen unter Einbindung der Parlamente und Zivilgesellschaft geschaffen werden, die auch die Betroffenen der deutschen Rohstoffpolitik aus dem Globalen Süden zu Wort kommen lassen und ihre Interessen in den Blick nehmen.

3.2 Wie geht es weiter?
Beispiele für verantwortliches Handeln in der Lieferkette

Die dramatischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um den Schutz und die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und höchster ökologischer Standards in der Lieferkette voranzutreiben. Wie geht es also weiter? **Von Stella Wendlandt**

Bislang existieren einige Initiativen und Ansätze, die das Ziel eines nachhaltigen Rohstoffabbaus verfolgen. Sie gehen in die richtige Richtung und können Unternehmen (z.B. aus der deutschen Stahlindustrie) als Vorbild dienen, um die eigene soziale Verantwortung auf wichtige Fragen in der gesamten Lieferkette zu lenken. Im Folgenden stellen wir drei solcher Initiativen und Gesetze vor. Anschließend soll geklärt werden, wie hilfreich diese Instrumente sind — und welche Möglichkeiten es gibt, sie weiter zu entwickeln.

1. Gesetzliche Standards: DER DODD FRANK ACT

Der Dodd Frank Act (siehe auch Kapitel 1.4 und 2.1) gilt als erstes gesetzlich verpflichtendes Regelwerk im Bereich „Konfliktminerale". 2010 wurde er in den Vereinigten Staaten verabschiedet und diente vor allem der Reform der US-amerikanischen Finanzmarktaufsicht. In Sektion 1502 werden auch für alle US-börsennotierten Unternehmen Offenlegungs- und Berichtspflichten bezüglich der Verwendung von Zinn, Tantal, Wolfram sowie Gold festgeschrieben. Die Unternehmen sind aufgefordert, alle erzeugten Endprodukte und deren Lieferketten auf die Verwendung von „Konfliktmineralen" aus der DR Kongo und ihren Anrainerstaaten (Region der Großen Seen) hin zu überprüfen, offenzulegen und über ggf. unternommene Maßnahmen zur Risikobehebung zu berichten.

Dieser Ansatz erfordert eine hohe Transparenz in der gesamten Lieferkettenstruktur der einzelnen Produkte. Immerhin müssen alle direkten und indirekten Zulieferer der börsennotierten Unternehmen zunächst identifiziert werden, um danach Angaben zu den ihrerseits verwendeten Rohstoffen weiterzugeben.[1] Positiv zu bewerten ist, dass der Dodd Frank Act neue Zertifzierungsinitiativen angestoßen hat.

2. Mehr Kontrolle über 3T: DIE ITSCI-INITIATIVE

Innerhalb der Elektronikbranche wurde ein Zertifizierungssystem für die Metalle Zinn, Tantal und Wolfram (englisch: Tungsten, Tantal, Tin = 3T) entwickelt: Das iTSCi-System vom Internationalen Zinnverband zertifiziert konfliktfreie Minen der drei Metalle im Sinne des Dodd Frank Acts unter Einhaltung der Sorgfaltspflicht des Leitfadens der OECD zum Umgang mit Mineralien aus Konfliktgebieten. Die Initiative wurde gegründet, um Unternehmen bei der Einhaltung der Sektion 1502 des Dodd Frank Acts zu unterstützen. Vor allem in der Region der Großen Seen in Afrika findet das System Anwendung und ist dort weit verbreitet.

iTSCi ermöglicht die Kennzeichnung von Mineralien und deren Nachverfolgung vom Bergwerk bis zur Schmelze. Durch das Anbringen von „Tags" (Barcode-Etiketten aus Plastik) an die Transportbehälter der Minerale werden sämtliche Konzentrat-Mischprozesse dokumentiert. Alle iTSCi-Mitglieder sowie die Industrieinitiative selbst durchlaufen einen kontinuierlichen Überprüfungsprozess, der von unabhängigen Audits begleitet wird.

3. Beispiel Aluminium: DIE ALUMINIUM STEWARDSHIP INITIATIVE (ASI)

Die ASI wurde 2012 ins Leben gerufen und ist das Ergebnis eines gemeinsam geführten Prozesses von Vertretern aus der Aluminiumindustrie und der Zivilgesellschaft. Ziel von ASI ist es, einen Standard zu setzen, der sowohl ökologische als auch soziale und politische Aspekte in der Wertschöpfungskette von Aluminium berücksichtigt — vom Bauxit-Abbau zur Schmelze über die Verarbeitung bis zum Recycling.

Im Dezember 2014 wurde ein Leitfaden zu den sozialen, ökonomischen und politischen Prinzipien und Kriterien verabschiedet, die in der Wertschöpfungskette von Aluminium berücksichtigt werden sollen (ASI Performance Standard). Aktuell werden darüber hinaus noch Richtlinien zur Sicherstellung und Überprüfung des Standards mittels Audits und Zertifizierungen (ASI Assurance Model) erarbeitet. Außerdem soll der ASI Chain of Custody Standard sicherstellen, dass bei jedem Schritt in der Aluminium Wertschöpfungskette nur Aluminium aus zulässigen Quellen verarbeitet und nicht zertifiziertes Material identifiziert und von der Wertschöpfungskette ausgeschlossen wird. Große Unternehmen wie Audi, Nespresso oder die kanadische Rio Tinto Aluminium (Tochtergesellschaft der Rio Tinto Group)

1 www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity_Top_News/Rohstoffwirtschaft/46_sorgfaltspflichten_lieferketten.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (S.4)

unterstützen die Initiative. Allerdings ist sie rechtlich nicht bindend und beruht auf Freiwilligkeit.

Sind Zertifizierungen die Lösung?

Die Gemeinsamkeit der iTSCi-Initiative und der ASI liegt in der produktbezogenen Zertifizierung. Beide zertifizieren ein bestimmtes Metall als konfliktfrei, wenn es aus zertifizierten Minen oder Schmelzen stammt. Diese und andere Zertifizierungs-Initiativen sind durchaus sinnvoll und relevant, denn mit ihnen können einzelne Minen als „konfliktfrei" deklariert werden. Allerdings sollten die Sorgfaltspflichten und eine umfangreiche Berichterstattung über Risiken und Maßnahmen zur Problembewältigung dabei nicht vernachlässigt werden.

Zertifizierungssysteme sind meist relativ starr. Sie konzentrieren sich auf einzelne zertifizierte Minen, die konfliktfreie Produkte liefern. Natürlich ist das eine gute Sache. Doch die Probleme in anderen Minen und Regionen geraten dadurch in den Hintergrund. Denn sobald ein Unternehmen auf zertifizierte Rohstoffe zurückgreifen kann, wird die Verantwortung, sich um weiterhin andauernde Missstände zu kümmern, vernachlässigt.

Auch dem Dodd Frank Act liegen Aspekte einer Zertifizierung oder eines Produktstandards zugrunde. Da es zunächst keine mit Sicherheit „konfliktfreien" Minen im Kongo gab, haben Unternehmen mit einem Beinahe-Boykott der Region reagiert, um ihr Image nicht zu schädigen. Anstatt das Problem der Konfliktfinanzierung durch den Rohstoffhandel aktiv anzugehen, versuchten die Unternehmen, dem Problem auszuweichen und ihre Rohstoffe soweit möglich aus scheinbar sicheren Quellen zu beziehen. Einer umfangreichen Sorgfaltspflicht, wie sie NROs auch für die EU-Konfliktmineralienrichtlinie fordern, liegt nicht das Prinzip des „name and shame" zugrunde, sondern eine prozesshafte Herangehensweise an Probleme in der Lieferkette.

Was ist zu tun?

Due Diligence — die gebotene Sorgfaltspflicht — sollte als Prozess verstanden werden, der flexibel auf die Probleme und Herausforderungen im Rohstoffabbau reagieren kann. Der Grundgedanke von Due Diligence ist, dass ein Problem in langfristigen Prozessen angegangen werden muss. Bei Zertifizierungen hingegen müssen sich Unternehmen nicht mehr mit der Thematik beschäftigen, sobald sie sich ihrer „konfliktfreien" Quellen sicher sind. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Bedeutung und Rolle von Zertifizierungen. Sie können als begleitende Maßnahmen verstanden werden, um den Prozess zu nachhaltigem Rohstoffbezug zu unterstützen. Was können Unternehmen also tun, um ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten umzusetzen?

Umfangreiche Orientierungsstütze: die OECD-Leitsätze für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

OECD
BETTER POLICIES FOR BETTER LIVES

Die OECD-Leitsätze für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten sind eine staatlich gestützte Initiative, die die verschiedenen Interessensgruppen vereint und darauf abzielt, dass Unternehmen die Menschenrechte einhalten und eine Konfliktverschärfung durch deren Vorgehen bei der Beschaffung von Mineralen verhindern. Außerdem soll die Transparenz in den Lieferketten erhöht und ein nachhaltiges Engagement seitens der im Bergbau tätigen Unternehmen gefördert werden.

Die OECD-Leitsätze können dabei prinzipiell auf alle Minerale angewendet werden. Ein besonderer Fokus des umfangreichen Leitfadens liegt aber auf den vier Konfliktmineralen Tantal, Zinn, Wolfram und Gold. Die OECD-Leitsätze sehen eine fünfstufige Umsetzungsempfehlung für unternehmerische Sorgfaltspflicht in Rohstofflieferketten vor:

1. **Schaffung eines Managementsystems für die Mineralienlieferkette**
2. **Ermittlung und Bewertung von Risiken in der Lieferkette**
3. **Ausarbeitung einer Strategie für den Umgang mit den ermittelten Risiken**
4. **Durchführung eines unabhängigen Audits zur Umsetzung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette**
5. **Öffentliche Berichterstattung über die Erfüllung der Sorgfaltspflicht**[2]

Dass die Umsetzung der OECD-Leitsätze möglich ist, haben mehrere Studien bewiesen. Ein oft gefälltes (Vor-)Urteil der Industrie, ein solcher Standard lasse sich aufgrund des hohen administrativen und finanziellen Aufwands gar nicht umsetzen, konnte widerlegt werden. Es gibt bereits positive Beispiele aus der Praxis und auch der finanzielle wie organisatorische Aufwand zur Umsetzung ist überschaubar.[3] Laut einer Studie der Organisation SOMO haben sich bisher nur wenige europäische Unternehmen

2 www.boell.de/sites/default/files/verantwortung_entlang_der_lieferkette.pdf
3 ebd.

freiwillig auf diese Maßnahmen eingelassen.[4] Das verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit verpflichtender Maßnahmen.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bestehen aus den drei zentralen Säulen zum Schutz und zur Achtung von Menschenrechten und der Abhilfe von Menschenrechtsverletzungen. Säule eins betont die Verpflichtung der Staaten, Menschenrechtsverstöße durch Unternehmen „durch wirksame Politiken, Gesetzgebung, sonstige Regelungen und Entscheidungsverfahren [...] zu verhüten, zu untersuchen, zu ahnden und wiedergutzumachen." In der zweiten Säule wird die Verantwortung der Wirtschaftsunternehmen beschrieben, die Menschenrechte zu achten. Die dritte Säule umfasst den Zugang für Betroffene zur Wiedergutmachung im Falle erlittener Menschenrechtsverletzungen durch wirtschaftliche Akteure.

Seit Verabschiedung der Leitprinzipien sind alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch Deutschland, gefordert, diese Leitprinzipien umzusetzen. Zudem fordert das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, dass Staaten auch dann zur Verantwortung gezogen werden, wenn nationale Unternehmen im Ausland Menschenrechte verletzen.[5]

Dass freiwillige Initiativen und stichprobenhafte Kontrollen (z.B. in den Schmelzen) nicht ausreichen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, hat die Praxis leider bewiesen.[6] Nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen müssen Verantwortung für die Wahrung von Menschenrechten entlang der gesamten Lieferketten übernehmen. Wichtige Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen. Angesichts der Zerstörung, die der Bergbau rund um den Globus verursacht, wird jedoch deutlich, dass weitere Schritte zu mehr Verbindlichkeit und Vollständigkeit unternommen werden müssen.

4 www.somo.nl/publications-en/Publication_4003
5 www.cora-netz.de/cora/wp-content/uploads/2015/10/Positionspapier_Aktionsplan-Wirtsch-MR_2015-04_aktualisiert-web.pdf
6 Beispiele werden in der Veröffentlichung „Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor!" des AK Rohstoffe aufgelistet, S. 5-6, online: www.alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2015/07/verantwortung-entlang-der-lieferkette_webversion.pdf

CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO
Eine Stimme für Gerechtigkeit

Christliche Initiative Romero

Die Christliche Initiative Romero (CIR) setzt sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland. Ziel ist, eine Brücke zwischen Ländern des Südens und Deutschland zu schlagen. Im Sinne ihres Namensgebers, des 1980 ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero, setzt sich die Christliche Initiative Romero gegen Ungerechtigkeitsverhältnisse ein und ergreift Partei für die Armen.

Informationen zu unserer Arbeit:
Christliche Initiative Romero
Breul 23, 48143 Münster
(ab Mai 2016: Schillerstr. 44, 48155 Münster)
Telefon 0251 / 8 95 03 Fax 0251 / 8 25 41
E-Mail: cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

DZI Spenden-Siegel

Spendenkonto:
Christliche Initiative Romero
Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero e.V. (CIR)
Breul 23, 48143 Münster
(ab Mai 2016: Schillerstr. 44, 48155 Münster)
Telefon 0251 / 8 95 03 | Fax 0251 / 8 25 41
E-Mail: cir@ci-romero.de | www.ci-romero.de

Redaktion:
Anna Backmann (V.i.S.d.P.), Stella Wendlandt, Christian Wimberger, Johanna Fincke

Lektorat:
Annette Spitzmesser, Isabell Ullrich (CIR)

Gestaltung, Layout:
Marco Fischer — grafischer.com

Druck:
Kleyer-Druck, Münster, Januar 2016

Klimaneutral gedruckt, auf 100 % Recycling-Papier

Die Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

2015 Europäisches Jahr für Entwicklung

Bildnachweis:
TITELBILD+S.3: Bento Rodrigues/Antonio Cruz/Agência Brasil (CC BY-NC-SA 2.0)+ ExpressVectors/Shutterstock — Montage: Marco Fischer
S.5: Andreas P Schmidt, abgewandelt von M. Fischer
S.6: Verena Glass
S.7: Christian Russau
S.8+9: Bento Rodrigues/Antonio Cruz/Agência Brasil (CC BY-NC-SA 2.0)
S.10,13, 14, 15: DanWatch
S.19: Chrom, Kobalt, Molybdän, Nickel, Tantal, Titan-Wolfram: Alchemist-hp/Wikipedia (CC BY-NC-SA 2.0) — Kupfer: Jurii/images_of_elements.com — Kalzium, Aluminium: Alexander C. Wimmer/Wikipedia (CC BY-NC-SA 2.0) — Kohlenstoff: Mario Sarto/Wikipedia (CC BY-NC-SA 2.0) — Schwefel: James Shook/Wikipedia (CC BY-NC-SA 2.0) — Silizium: gemeinfrei— Zinn: images_of_elements.com — Hintergrund: stokpic/Pixabay — Montage: M.Fischer
S.20: stokpic/Pixabay
S.21: Power-Shift
S.23 : geldoderleben (CC BY-SA 2.0)
S.25: Heike Drillisch privat
S.30: stokpic/Pixabay
S. 32+35: Christian Lagerek/Shutterstock

STOP MAD MINING

Bestellschein

	Preis*	Anzahl
Aktionszeitung „Stop Mad Mining"	gratis*	
Studie „Diebstahl: Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt" (vorliegend)	4,— € **	
Kampagnenflyer „Stop Mad Mining" (DEUTSCH)	gratis*	
Kampagnenflyer „Stop Mad Mining" (ENGLISCH)	gratis*	
presente 3/2015: „Wer die Natur schützt, lebt gefährlich"	gratis*	

Name

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu: ☐

Bestellschein einfach kopieren oder ausschneiden, ausfüllen und in einem Briefumschlag an unten stehende Adresse schicken.

Weitere Materialien unter:
www.ci-romero.de/material-publikationen
(AUCH ONLINE BESTELLBAR!)

*) Alle Bestellungen gegen Porto zzgl. Versandkostenpauschale
**) Schutzgebühr

Christliche Initiative Romero
Breul 23
48143 Münster
Deutschland

Tel ++49 - (0)2 51 - 8 95 03
Fax ++49 - (0)2 51 - 8 25 41
E-Mail: cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

CHRISTLICHE
INITIATIVE
ROMERO

Eine Stimme für Gerechtigkeit

www.ci-romero.de